

Expertise für den Vierten Gleichstellungsbericht der
Bundesregierung

Konsum: Umstellung auf nachhaltige Konsum- und Ernährungsmuster

Jana Rückert-John / Alva Bonaker

Vierter
Gleichstellungs-
bericht



Impressum

Dieses Dokument wurde im Auftrag der Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung erstellt. Der Inhalt des Dokuments wird vollständig von den Autor*innen verantwortet und spiegelt nicht notwendigerweise die Position der Sachverständigenkommission wider.

Herausgeberin

Geschäftsstelle Vierter Gleichstellungsbericht
der Bundesregierung
Bundesstiftung Gleichstellung
Karl-Liebknecht-Str. 34
10178 Berlin
www.gleichstellungsbericht.de

Stand: Februar 2024
Erscheinungsjahr: 2025

Die Autorinnen Jana Rückert-John und Alva Bonaker haben die Expertise im Rahmen ihrer Tätigkeit am ISIconult, Institut für Sozialinnovation Consulting UG erstellt.

Zitierhinweis

Rückert-John, Jana/Bonaker, Alva (2025): Konsum: Umstellung auf nachhaltige Konsum- und Ernährungsmuster. Expertise für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin: Bundesstiftung Gleichstellung.

Umschlaggestaltung

www.zweiband.de

Inhalt

1	Hintergrund und Zielsetzung	4
2	Begriffsverständnisse	6
3	Das SRU-Gutachten als Beispiel für die Vernachlässigung der Kategorie Geschlecht	10
	3.1 Ziel und Fokus des Gutachtens	11
	3.2 Gender – ein „blinder Fleck“ im SRU-Gutachten	12
	3.3 Das Individuum im Fokus	13
	3.4 Adressierung von Zielgruppen als Blackbox	14
	3.5 Entscheidungsprozesse und die Frage der Repräsentanz	15
	3.6 Genderaspekte in den Fallbeispielen	16
	3.7 Resümee	16
4	Geschlechtsspezifische Konsummuster der Ernährung	17
	4.1 Geschlecht- und schichtspezifische Ungleichverhältnisse im (Ernährungs-)Alltag	17
	4.2 Geschlechtsspezifische Ernährung	21
	4.2.1 Fleisch	21
	4.2.2 Vegetarische und vegane Ernährung	24
	4.2.3 Nachhaltige Ernährung	25
	4.3 Geschlechterspezifische Auswirkungen einer Umstellung auf nachhaltigere Ernährung	26
5	Ansätze einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Ernährung	27
	5.1 Gemeinschaftsverpflegung und die Vergesellschaftung einer nachhaltigen Ernährung	28
	5.2 Rückläufiger Fleischkonsum und Aufwertung pflanzlicher Alternativen	29
	5.3 Zunehmende Reflexivität und Wandel der Ernährungspraktiken	30
6	Rechtliche und politische Anreize und Maßnahmen für eine nachhaltigere Ernährung	30
	6.1 Gemeinschaftsverpflegung als faire Ernährungsumgebungen stärken	31
	6.2 Nachhaltige Ernährung für alle ermöglichen, Ernährungsarmut verringern	32
	6.3 Anreize für die Reduktion von Fleisch und Subventionen auf nachhaltige Produkte	32
	6.4 Geschlechtergerechtigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion	33
	6.5 Ernährungskommunikation und Ernährungsbildung für eine nachhaltigere Ernährung	34
7	Fazit	35
	Literaturverzeichnis	37

1 Hintergrund und Zielsetzung

Der Alltag ist zu einem großen Teil durch vielfältige Konsumhandlungen ausgefüllt: So bewegen sich Menschen mit Verkehrsmitteln von einem Ort zum anderen, kaufen Lebensmittel und andere Bedarfsartikel, sie wohnen in einer mehr oder weniger geräumigen Wohnung, benötigen Energie und Wasser zum Leben oder sie fliegen in den Urlaub. Erst die Summe aller Konsumvorgänge wird zu einer relevanten Größe für die Gesellschaft, wenn damit enorme Belastungen für ihre Umwelt verbunden sind. Sie haben nämlich nicht nur Folgen für weitere Konsummöglichkeiten und auch für die Produktion, sondern gefährden prognostisch das Überleben der Menschheit. Mobilität, Ernährung, Haushalten und Wohnen machen den Großteil des alltäglichen Konsums aus und stellen damit jene Felder dar, die mit einem besonders hohen Umweltverbrauch verbunden sind.

Der politische Lösungsansatz für diese Problemlagen fokussiert darum auf die Förderung nachhaltiger Konsummuster als ein wichtiges Ziel. Die Schwerpunkte liegen oftmals auf der Entwicklung nachhaltiger Produkte und energieeffizienter Infrastrukturen und Technologien. Neben der Produktionsseite – so konstatiert das aktuelle Sondergutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) – muss eine erfolgreiche Umweltpolitik auch das umweltrelevante Verhalten der Bevölkerung in den Blick nehmen (SRU 2023: 11). Jedoch ist die generelle Fokussierung auf *den* Konsumenten nicht neu: Mittels Wissensvermittlung und der Beeinflussung persönlicher Werte und Einstellungen soll er zu nachhaltigem Konsum motiviert werden. Hierbei wird zumeist eine Defizitperspektive an das alltägliche Konsumverhalten angelegt, die je nach Perspektive entweder mehr und ‚richtiges‘ Wissen oder dessen konsequente Umsetzung anmahnt. Die wiederholten Feststellungen sind allerdings kein Nachweis dafür, dass mit dem Transfer ‚vom Wissen zum Handeln‘ das Problem tatsächlich gelöst werden kann. Angenommen wird hierbei ein Menschenbild des homo oeconomicus, der entsprechend seinem Wissen auch rational und folgerichtig handelt. Diese Versuche, die sich dabei oft einer moralischen Kommunikation bedienen, scheitern jedoch daran, dass alltägliches Konsumhandeln nicht als ineinandergreifende Praktiken verstanden werden, die als präreflexive Routinen nur schwer veränderbar sind (John 2013). Praktiken sind Handlungsvollzüge, die inkorporiert und habitualisiert sind, die nicht weiter hinterfragt werden, weil sie im Alltag reibungslos funktionieren. Sie sind eingebettet in bestehende gesellschaftliche Strukturen, wie private Haushalte und reproduzieren sich durch existierende Infrastrukturen (John/Rückert-John 2016).

Ausdruck finden diese gescheiterten Versuche Verhaltensänderungen herbeizuführen auch darin, dass die Halbzeitbilanz 2023 der Vereinten Nationen bei der Umsetzung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung ernüchternd ausfällt: Die Umsetzung der Ziele liege noch in weiter Ferne (GPF 2023). Nach Berechnungen der Vereinten Nationen gibt es bei mehr als 30 Prozent der Unterziele keine Fort- oder sogar Rückschritte. Bei der Hälfte ist zwar etwas geschehen, aber nicht genug. Und nur bei 15 Prozent befindet sich die Welt tatsächlich auf einem Weg, um bei gleichbleibender Geschwindigkeit die Ziele insgesamt bis 2030 zu erreichen.¹ Im internationalen SDG-Ranking nimmt Deutschland Platz vier nach den nordischen Staaten Finnland, Schweden und Dänemark ein. Für Deutschland wird gerade in den Bereichen nachhaltiger Konsum, nachhaltige Produktion und beim Klimaschutz Nachholbedarf gesehen.

¹ Am 18. und 19. September 2023 trafen sich Staats- und Regierungschefs aus aller Welt in New York zum „SDG-Gipfel“. Dort zogen sie eine Halbzeitbilanz der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG).

Ursachen für die ernüchternde Halbzeitbilanz werden vor allem in den globalen Mehrfachkrisen ausgemacht, wie die Corona-Pandemie oder der Ukraine-Krieg.

Vor diesem Problemhintergrund kommt auch das SRU-Gutachten zu dem Schluss, dass „die heute bestehenden, auch von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen oft keinen Anreiz für umweltfreundliches Verhalten [geben] oder dieses sogar [erschweren]. Es gilt daher, umweltfreundliche Verhaltensweisen mehr als bisher durch politische Maßnahmen zu stärken und in der Bevölkerung zu verbreiten.“ (SRU 2023: 25). Denn: „Viele Menschen würden sich gerne umweltfreundlich verhalten und berücksichtigen bei Alltagsentscheidungen ökologische Konsequenzen bereits teilweise. Nicht immer ist das jedoch möglich – und oft ist es deutlich aufwendiger oder teurer als umweltschädliches Verhalten. Die Rahmenbedingungen stehen dem umweltfreundlichen Verhalten also häufig entgegen“ (SRU 2023: 11). Damit liegt ein wichtiges Augenmerk nicht mehr nur auf Wissen und Motivation der Konsument*innen, sondern auf den strukturellen Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen und erleichtern, nachhaltig zu konsumieren.

Jedoch greift eine allgemeine Betrachtung von Menschen oder Individuen zu kurz, denn sie agieren auf praktische oder reflektierte Weise immer in unterschiedlichen sozialen Rollen, die wiederum jeweils von Personen repräsentiert werden, die in der modernen Gesellschaft sehr vielfältig sind. Sie unterscheiden sich nach sozialen Merkmalen, wie z. B. dem Alter, dem Geschlecht, dem Einkommen, dem Bildungsgrad und dem Migrationshintergrund, den Familienverhältnissen und Haushaltskonstellationen, aber auch nach ihren Wertvorstellungen und Lebenszielen, die zudem untereinander Interdependenzen aufweisen. Diese sozialen Merkmale sind als materielle und immaterielle Ressourcen in der Gesellschaft immer ungleich verteilt, womit auch unterschiedliche Möglichkeiten und Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe verbunden sind. Individuen können als Konsument*innen in ganz unterschiedlichem Maße am Konsum partizipieren, weil sie z. B. über mehr oder weniger finanzielle Ressourcen verfügen oder über unterschiedliche konsumorientierte Wertvorstellungen.

Eine Leerstelle sozialer Differenzierung, die in der politischen Debatte um einen nachhaltigeren Konsum immer wieder auffällt und die deshalb in dieser Expertise besondere Berücksichtigung erfahren soll, ist die Geschlechterkategorie. Umweltfreundlicher, nachhaltiger Konsum ist nicht zwingendermaßen geschlechtergerecht bzw. förderlich für eine Gleichstellung der Geschlechter. So werden beispielweise Praktiken nachhaltigeren Konsums in Privathaushalten – in den Bereichen Wohnen, Ernährung oder gemeinschaftlicher Konsum – stärker von Frauen als von Männern ausgeübt, weil hiermit entsprechende Geschlechterrollenerwartungen der Pflege und Sorge antizipiert werden (Rückert-John et al. 2020a). Damit wird die bereits bestehende ungleiche Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit in privaten Haushalten verstärkt und Geschlechterrollenstereotype reproduziert. Es stellt sich somit die Frage: Welche alternativen Praktiken des Konsums sind sowohl nachhaltig, im Sinne von umweltfreundlich, als auch geschlechtergerecht? Welche rechtlichen und politischen Anreize und Maßnahmen sind geeignet, um einen geschlechtergerechten und umweltfreundlichen Konsum zu fördern?

Ziel der Expertise ist es, das Sondergutachten „Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern“ (SRU 2023) beispielhaft zu untersuchen und herauszustellen, welche wirkenden Geschlechteraspekte ausgeblendet werden. Ergänzend zu den untersuchten Beispielen im Sondergutachten des SRU werden weitere Konsumbeispiele aus dem Feld des Nahrungsmittelkonsums

herangezogen. Auf der Basis einer Literaturlauswertung und Expert*innen-Interviews² ist es das Ziel, die herausgestellten Lücken des Gutachtens zu schließen. Dabei soll vor allem deutlich werden, in welchen Bevölkerungsgruppen welche Ernährungsmuster vorherrschen, welche Präferenzen für eine umweltfreundliche Ernährung bestehen und ob Ernährungstrends existieren, die sowohl umweltfreundlich als auch geschlechtergerecht sind. Darüber hinaus werden Faktoren benannt, die zielgruppenspezifisch eine umweltfreundliche Ernährung fördern oder hemmen. Insbesondere wird dargelegt, welche rechtlichen und politischen Anreize und Maßnahmen es gibt, um eine umweltfreundliche Ernährung geschlechtergerecht zu fördern. Abschließend werden Vorschläge zur Modifikation bestehender Maßnahmen und zur Entwicklung neuer politischer Instrumente unterbreitet. In der Expertise werden interagierende Ungleichheitsverhältnisse (z. B. durch Geschlecht, Schichtzugehörigkeit, Alter, kulturelle Identität) berücksichtigt, um Unterschiede der Auswirkungen von rechtlichen und politischen Maßnahmen auf unterschiedliche Gruppen zu verdeutlichen. Zudem werden Forschungslücken offengelegt.

Hintergrund der Expertise ist der vierte Gleichstellungsbericht zum Thema „Gleichstellung in der ökologischen Transformation“, der von einer unabhängigen Sachverständigenkommission, im Auftrag der Bundesregierung erstellt wird und das Ziel verfolgt, den Stand der Gleichstellung zu beschreiben und Maßnahmen zu empfehlen. Dabei erarbeiten die Sachverständigen eine Leitidee, wie Gleichstellung in Deutschland künftig aussehen soll.

2 Begriffsverständnisse

Was ist (nachhaltiger) Konsum? Ganz allgemein lässt sich unter Konsum die Befriedigung verschiedenster Bedürfnisse verstehen, ob durch Sach- oder Dienstleistungen, ob bezahlt oder unbezahlt, ob individuell oder auch kollektiv konsumiert. In der Konsumsoziologie wird heute eine Allgegenwärtigkeit des Konsums konstatiert und von einer „Ausweitung der Konsumzone“ (Blümelhuber 2011) oder im umfassenden Sinne von der „Konsumgesellschaft“ (Baudrillard 2014) gesprochen. Aktuell wird der Konsum nicht mehr nur als Kaufhandlung diskutiert, sondern alternativ werden auch das Tauschen, Teilen, Leihen oder Verschenken dabei mitberücksichtigt (Jaeger-Erben et al. 2017). Für eine Präzisierung des Begriffs und eine gesellschaftstheoretische Einordnung ist es deshalb hilfreich, der Unterscheidung von Konsum im engeren und im weiteren Sinne zu folgen (Hellmann 2013). Demnach konzentriert sich Konsum im engeren Sinne auf den Tauschakt, das heißt heute vor allem die Geldausgabe für Güter am Markt zum Zweck des Verbrauchs. Konsum im weiteren Sinne meint hingegen auch den Verbrauchsakt, der über den Tausch hinausweist. Diese Unterscheidung ist für die Diskussion der Möglichkeit einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Veränderung des Konsums insofern relevant, als erst mit dem erweiterten Konsumbegriff auch die Folgen des Verbrauchs in den Blick kommen und damit auch die Perspektive über die Produktionsbedingungen hinaus erweitert wird. Konsum im weiteren Sinne bezieht sich also nicht nur auf die Kaufhandlung, sondern auch auf den Verbrauch und darüber hinausreichende entscheidungsrelevante Aspekte. Für die Konsument*innen ist die Unterscheidung von Kauf- und Verbrauchsakt weniger von Belang, da ohne Kauf- beziehungsweise Tauschakt auch kein Ge- und Verbrauch von Produkten oder Dienstleistungen möglich ist. Der hier betrachtete Konsum im erweiterten Sinne bezieht sich auf jenen, der von Privathaushalten betrieben wird. Für die Befriedigung ihrer alltäglichen Bedürfnisse müssen Güter und Dienstleistungen beschafft werden. Das erfordert eine Reihe

² Expert*innen-Interviews wurden mit Prof. Dr. Angela Häußler, Dr. Martin Winter, Prof. Dr. Renata Motta und Ricarda Kramer durchgeführt.

von Entscheidungen, die nicht nur Zahlungen betreffen, sondern auch die hiermit verbundene Priorisierung von Konsumententscheidungen, z. B. hinsichtlich der Umweltverträglichkeit von Produkten. Die Betrachtung des Konsums im weiteren Sinne nimmt darum auch die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen der Produktion und des Verbrauchs mit in den Blick, die heute üblicherweise unter dem Schlagwort der Nachhaltigkeit des Konsums thematisiert werden. Unter nachhaltigem Konsum wird in der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung eine Praxis gefasst, die zur Erreichung der Ziele nachhaltiger Entwicklung beiträgt, indem sie Rahmenbedingungen schafft oder erhält, die es heutigen und künftigen Generationen ermöglicht, Fähigkeiten zu entfalten und ein gutes Leben zu führen, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Hierbei werden nicht nur die Praktiken der Beschaffung und Konsumtion, sondern auch der Herstellung beziehungsweise Beteiligung an der Herstellung sowie der Nachnutzung und Entsorgung berücksichtigt. Maßgeblich sind nicht nur das individuelle Verantwortungsbewusstsein oder die individuellen Präferenzen, sondern auch die den Konsum beeinflussenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen (Fischer et al. 2011).

Was ist Ernährung? Ernährung ist ein zentrales Bedürfnis- und Konsumfeld, neben anderen wie z. B. Wohnen oder Mobilität. Ernährung ist ein menschliches Grundbedürfnis. Es stellt eine existenzielle Notwendigkeit des Menschen dar, um zu überleben. Damit übernimmt Ernährung essenzielle physische Funktionen für das menschliche Dasein. Ernährung ist jedoch nicht nur als physisches Phänomen zu verstehen, sondern hat gleichzeitig soziale Funktionen.³ Diese drücken sich in der Sinnform der Mahlzeit aus, indem hierbei der bedürfnis- und ich-fokussierte Naturalismus überwunden wird (Simmel 1910). Gerade in der modernen Gesellschaft und in Zeiten allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstands scheint die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse selbstverständlich. Die Probleme der Ernährung, des Essens und Trinkens, nämlich die Beantwortung der Frage wie, wo, mit wem und warum, werden mehr denn je verfügbar für Darstellung, Inszenierung und identitäre Selbstbeschreibung. Ernährung wird damit mehr zu einem sozialen, denn physischen Phänomen (Barlösius 2016; Rückert-John 2017). Um einen Wandel beziehungsweise eine Transformation des Ess- und Ernährungsalltags in Richtung Nachhaltigkeit jedoch wirksam anzuregen, müssen Ernährung und Essen zunächst als soziale Phänomene verstanden und anerkannt werden. Zentrale Aspekte von Ernährung in diesem Verständnis, sind folgende:

- Ernährung ist in den Alltag eingelassen und Bestandteil des Lebensstils. Ernährung sowie Essen und Trinken sind Alltagsphänomene (Brunner et al. 2007; Rückert-John 2017). Es handelt sich hierbei um eigensinnige und gewohnheitsmäßige Abläufe. Der Alltag bestimmt sich von seinem fraglosen Funktionieren und zumeist nicht von einer funktionalen Ernährungsprogrammatisierung. Ernährung ist im Alltag vielmehr Normalität und Banalität zugleich. Typische Verhaltensmuster, die im Alltag praktiziert werden, bilden Lebensstile aus. Bezogen auf Ernährung lässt sich auch von Ernährungsstilen sprechen (Hayn 2008).
- Ernährung dient der individuellen Selbstbeschreibung. Ernährung und die damit verknüpften Fragen mit wem, wo, wie und was sowie was nicht gegessen wird, dient der individuellen Selbstbeschreibung, der Konstitution und Konfirmierung von Identitätsaspekten. Das schafft Ordnung und Sicherheit. Nicht mehr nur soziale Merkmale, wie Beruf und Bildung, Geschlecht oder Herkunft dienen der Definition des Selbst, sondern auch die Ernährungsweise; denn für die Esser*innen macht es einen Unterschied, ob sie sich als vegan, vegetarisch oder flexitarisch bezeichnen. Selbstbeschreibungen und die Auskunft darüber, worauf man bei der Ernährung Wert legt und was man sich leisten kann, erfolgen dabei immer in Unterscheidung von und Abgrenzung

³ In einem umfassenderen Verständnis wird Ernährung nicht nur auf den Ernährungskonsum bezogen, sondern auf alle Prozesse entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette, d. h. von der Produktion, Verarbeitung, Distribution bis hin zum Konsum, dem Essen, und anfallender Abfallentsorgung.

zu anderen (Barlösius 2016; Fischler 1988). Die Zunahme der Ernährungstrends verdeutlicht auch das Bedürfnis nach Individualisierung in der modernen Gesellschaft. Und so verweist die Selbstbeschreibung mittels Ernährung auch auf die erwartete Selbstoptimierung (Foucault 1993).

- Essen und Trinken sind Ausdruck von Selbstbestimmung und Privatheit. Das, was ich esse, dient nicht nur einer Selbstbeschreibung, die symbolische Differenzierungen aus antizipierten Möglichkeiten der Ernährung bezieht. Paradoxe Weise wird beim Essen auch individuelle Entscheidungsfreiheit befriedigt (Simmel 1910). Ernährung gilt allgemein als Ausdruck von Selbstbestimmung und als eine privathoheitliche Angelegenheit, in die sich der Staat nicht einzumischen habe (Rückert-John 2020). Diese Überzeugung hält sich in Deutschland sehr hartnäckig, wenngleich immer deutlicher wird, dass Ernährung mit gravierenden gesellschaftlichen Folgewirkungen verbunden ist, was eine politische Einflussnahme auch ethisch legitimiert (WBAE 2020: 355).
- Ernährung symbolisiert Zugehörigkeit und schafft kollektive Identitäten. Ernährung dient nicht nur der individuellen Beschreibung, sondern symbolisiert auch – stets partikulare – Zugehörigkeit und schafft damit kollektive Identitäten (Bourdieu 1982; Elias 1939), die wiederum konstitutiv für individuelle Beschreibungen sind. Ernährungstrends und Ernährungsweisen sind dabei Orientierungen oder „alltagspraktische Handlungsvorlagen“ (Schröder 2016).
- Pluralisierung, Moralisierung und Ideologie. Mit der Zunahme von Ernährungstrends und Ernährungsweisen, inklusive neuer Produkte, globaler Produktionsstandorte, neuer Herstellungsverfahren und Inhaltsstoffe, ist eine Zunahme an Komplexität verbunden, die von vielen als Zunahme von Unsicherheit und Unübersichtlichkeit empfunden wird. Verbunden hiermit ist eine Reflexion über die Ernährung, die ihren Ausdruck in den Fragen findet, was man essen kann, wie viel wovon und ob es gesundheitlich zuträglich und umweltethisch vertretbar ist. Mit Ernährungstrends werden dann auch jeweils Ordnungssysteme aufgestellt, die Produktions-, Zubereitungs- oder Speiseregeln definieren. Inhärent ist den Ordnungssystemen, dass sie auch mit Vorstellungen des guten und richtigen Essens (Endres/Klotter 2020) verbunden sind. Normierung und Moralisierung des Essens dienen der Aufrechterhaltung sozialer Ordnung (Robnik 2022). Die Absicht, mit neuen Ordnungssystemen Komplexität zu reduzieren, wird durch den weiteren Komplexitätsaufbau infolge zunehmender Ausdifferenzierung konterkariert. Darum neigen die Ordnungssysteme wie alle Ideologien zu einer immer strengeren Auslegung.
- Zunehmende Bedeutung der Außer-Haus-Verpflegung. Die sozialen Funktionen der Ernährung sind eng verbunden mit den Settings, in denen gegessen und getrunken wird. Der Essalltag in der modernen Gesellschaft organisiert sich vor dem Hintergrund zunehmender Möglichkeiten zum Essen in Privatheit und Öffentlichkeit. Dabei gewinnt die Außer-Haus-Verpflegung – in den Bereichen der Individualverpflegung (z. B. Restaurants und Hotels) und der Gemeinschaftsverpflegung (z. B. Kita und Schule, Betriebsverpflegung, Hochschulmensa, Altenheim, Krankenhaus) – immer mehr an Bedeutung. Hiermit sind auch enorme Chancen für eine nachhaltigere Ernährung verbunden (WBAE 2020).

Was ist eine nachhaltigere Ernährung? Eine nachhaltige Ernährung⁴ lässt sich verstehen als eine Ernährung, die umweltverträglich und gesundheitsfördernd, ethisch verantwortlich und alltagsadäquat gestaltet ist sowie sozio-kulturelle Vielfalt ermöglicht (Eberle/ Hayn 2007). Neben der Gesundheitsförderlichkeit und Umweltverträglichkeit liegt hierbei der Schwerpunkt auf verschiedenen

⁴ Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) spricht in seinem Gutachten von 2020 von einer nachhaltigeren Ernährung, die vier Zieldimensionen umfasst: Umwelt, Soziales, Gesundheit und Tierwohl. Da Eberle und Hayn (2007) explizit die sozialen Ziele Alltagsadäquanz und sozio-kulturelle Vielfalt in ihrer Definition betonen, steht diese hier im Mittelpunkt.

sozialen Perspektiven. Zum einen fokussiert die ethische Verantwortung auf soziale Gerechtigkeit, faire Handelsbeziehungen und Produktionspraktiken sowohl global als auch regional. Zum anderen geht es bei der Alltagsadäquanz um die Vereinbarkeit mit alltäglichen Routinen und die Umsetzbarkeit im Alltag der Konsument*innen. Darüber hinaus wird die soziokulturelle Vielfalt betont, d. h., eine nachhaltige Ernährung unterstützt die Vielfalt von Ernährungsweisen und -praktiken und ermöglicht, sich in unterschiedlichen kulturellen und sozialen Milieus, in unterschiedlichen Lebenslagen oder -phasen nachhaltig zu ernähren.

Was sind Alltagspraktiken? Konsumhandlungen und Ernährungsweisen lassen sich als soziale Praktiken beschreiben (u. a. Brunner et al. 2007; Warde 2015). Alltagspraktiken sind – im Verständnis soziologischer Praxistheorien – alltägliche, zumeist unreflektierte, routinierte und somit oftmals unbewusste Handlungen, die Individuen regelmäßig wiederholen und selten hinterfragen. Eine solche Perspektive stellt weniger individuelle Motive und Absichten oder Normen in den Vordergrund und grenzt sich damit vom individuellen Verhalten ab. Praxistheorien eint die Tatsache, dass sie soziale Praktiken als Grundkategorie der Gesellschaft betrachten. Reckwitz (2003) beschreibt Praktiken als „eine routinierte Art von Verhalten“, jedoch sind Praktiken nicht mit individuellem Verhalten oder Handlungen zu verwechseln. Sie sind „Muster, die durch eine Vielzahl einzelner und oft einzigartiger Handlungen ausgefüllt werden können“ (Reckwitz 2003). In diesem Sinne existieren Praktiken „als Performances“ (Shove et al. 2012), aber als eine Einheit, die „zwischen und über bestimmte Momente der Inszenierung hinweg Bestand hat“ (ebd.). Praktiken setzen sich zusammen aus materiellen Arrangements (z. B. Konsumgegenstände, Lebensmittel oder Mobilfunktelefone), sozialen Settings (z. B. Haushalt, Einkaufsmärkte), sozialen Bedeutungen (z. B. Komfort, Status, Genuss) und Kompetenzen (z. B. bei der Abfalltrennung, beim Einkaufen) (Jaeger-Erben et al. 2017). Sie werden häufig durch Sozialisation erworben und durch gesellschaftliche Strukturen reproduziert. Praktiken sind grundsätzlich dauerhaft, können sich jedoch verändern. Der Wandel von Praktiken kann sich also aus unterschiedlichen Anlässen vollziehen. Reflektionsanlässe, die für einen Wissenszuwachs und Wertewandel sorgen, gehören dazu. Aber auch materielle und infrastrukturelle Rahmenbedingungen sind wichtig. Eine praxistheoretische Perspektive nimmt den Alltag und seine Logiken in den Blick und kann so Potenziale und Herausforderungen für einen Wandel von Praktiken identifizieren.

Was ist Geschlecht? Geschlecht ist eine soziale Differenzierungs- und Ordnungskategorie, die nicht per se gegeben ist, sondern in alltäglichen Interaktionen – so auch des Konsums und der Ernährung – hergestellt wird. Durch das ‚doing gender‘ werden typische weibliche und männliche Geschlechterrollen hervorgebracht und reproduziert. Gestützt wird diese geschlechterkonstituierende Praxis durch institutionelle Geschlechterarrangements. Die unterschiedlichen Praktiken des Konsums, z. B. der Ernährung, sind demnach nicht als Resultat physischer Gegebenheiten beziehungsweise Notwendigkeiten (d. h. ‚sex‘ als Merkmal des Geschlechtskörpers) zu verstehen, sondern vielmehr als Aspekte typischer Geschlechterrollenerwartungen an Männer und Frauen (Rückert-John/John 2018), das heißt, die Praktiken sind selbst durch Sozialisation vergeschlechtlicht (Rückert-John et al. 2020a). So unterscheiden sich beispielsweise abfallvermeidende Praktiken beim Einkauf und der Umgang mit Lebensmitteln zwischen den Geschlechtern. Mehr Frauen als Männer kaufen unverpacktes Obst und Gemüse, nutzen immer Mehrwegtragetaschen oder nutzen seltener Lieferdienste. Diese Unterschiede spiegeln vor allem die weiblichen Rollenerwartungen hinsichtlich Fürsorge und Zuständigkeit für Fragen der Ernährung und Versorgung im Privathaushalt wider (Rückert-John et al. 2020b). Vor dem Hintergrund dieser strukturellen sozialen Ungleichheit und der damit verbundenen ungleichen Ausstattung mit Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten, können dauerhafte Einschränkungen erfahren und dadurch die

Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt beziehungsweise begünstigt werden (Groh-Samberg et al. 2023).

Geschlechtergerechtigkeit wird nach Pimminger (2014: 53) deshalb als „Freiheit zu unterschiedlichen und nicht nach Geschlecht vorgezeichneten Seins- und Lebensweisen auf der Basis von Gleichheit in der Verteilung von Ressourcen, Einflussmöglichkeiten und Wertschätzung“ definiert. Gleichheit wird dabei nicht als Gleichartigkeit, sondern als gleiches Recht auf Ressourcen, Einflussmöglichkeiten und Wertschätzung für unterschiedliche Lebensweisen verstanden (ebd.: 25). Geschlechtergerechtigkeit ist damit erklärtes Ziel der gleichstellungspolitischen Praxis. Hierfür wird auch der international verbreitete Begriff ‚Gender Mainstreaming‘ verwendet, der davon ausgeht, dass „bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern grundsätzlich und systematisch zu berücksichtigen“ sind (BMFSFJ 2021b). „Gleichstellung bedeutet die gleichen Verwirklichungschancen von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft“ zu ermöglichen (BMFSFJ 2021a: 4). Damit wird auch das Ziel 5 „Geschlechtergleichstellung“ der Sustainable Development Goals verfolgt. Mit Pimminger (2014: 30 ff.) lassen sich die folgenden Dimensionen von Geschlechtergerechtigkeit⁵ unterscheiden: Strukturelle Geschlechterungleichheit (Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben, bei Einkommen, beruflichen Positionen und sozialer Sicherheit), symbolische Geschlechterordnung (bewusste und unbewusste Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit) und die subjektbezogene Dimension (Geschlechterrollenerwartungen an ‚echte‘ Männer und ‚richtige‘ Frauen).

Fazit: Ansätze zur Förderung eines zukunftsfähigen nachhaltigen Konsums – hier mit Blick auf Ernährung – können nur ihre Wirksamkeit entfalten, wenn sie auch geschlechtergerecht und alltagsadäquat sind. Hierzu müssen die Logiken des Konsums und der Ernährung als Alltagsphänomene verstanden werden, die auf struktureller Geschlechterungleichheit und der symbolischer Geschlechterordnung beruhen.

3 Das SRU-Gutachten als Beispiel für die Vernachlässigung der Kategorie Geschlecht

In dem im Mai 2023 veröffentlichten Sondergutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU 2023) „Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern“ (im Folgenden „Gutachten“ genannt) werden Empfehlungen für politische Maßnahmen, die zu umweltfreundlichem Verhalten beitragen sollen, dargestellt und diskutiert. Das Gutachten setzt sich insbesondere damit auseinander, wie umweltfreundliches Verhalten besser verstanden und gesteuert werden kann und wie die politischen Realisierungschancen von Maßnahmen erhöht werden können. Drei Fallbeispiele werden dazu herangezogen: Fleischkonsum (als Beispiel für umweltfreundliches Ernährungsverhalten), Smartphones (als Beispiel für den Weg vom Austauschprodukt zum langjährigen Begleiter in der Elektronutzung) und Gebäudesanierung (als Beispiel der Wärmewende im Bereich des Wohnens).

Das Gutachten wurde auf die Frage hin analysiert: Welche Rolle spielen Geschlechteraspekte im SRU-Gutachten beziehungsweise inwiefern finden diese darin Berücksichtigung? Zunächst werden Ziel und Fokus des Gutachtens dargestellt und im Anschluss daran die unzureichende Berücksichtigung von

⁵ Ein stärker ausdifferenzierter Ansatz von Genderdimension findet sich bei Spitzner et al. (2020).

Geschlechteraspekten beleuchtet. Hierzu werden zunächst allgemeine „blinde Flecken“ im Gutachten diskutiert, die dann in den darauffolgenden Abschnitten anhand von Beispielen konkretisiert werden.

3.1 Ziel und Fokus des Gutachtens

Ziel des SRU ist es, durch die im Gutachten herausgearbeiteten Empfehlungen eine effektive Umsetzung politischer Maßnahmen zu unterstützen, die über Verhaltensänderungen in der Bevölkerung zur Bewältigung der Umweltkrisen beitragen sollen. Es wird betont, dass das Verhalten der Menschen in der Umweltpolitik zunehmend eine wichtigere Rolle spielt, nachdem der Fokus lange auf Vorgaben für eine umweltfreundlichere und effizientere Produktion lag und umweltrelevantes Verhalten bisher nicht genug durch politische Maßnahmen adressiert wurde (SRU 2023: Kapitel 2).

Bevor auf die Maßnahmen eingegangen wird, werden verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse durch den Umweltpsychologen Andreas Homburg dargestellt, die dazu dienen sollen, umweltfreundliches Verhalten von Menschen besser zu verstehen und steuern zu können (SRU 2023: Kapitel 3.1 und 3.2). Aufbauend auf diesen Erkenntnissen werden drei Bereiche als Ansatzpunkte für politische Maßnahmen abgeleitet. Hierbei geht es erstens darum, Kontextbedingungen – wie Infrastrukturen und Preis – zu verbessern. Zweitens werden weitere Einflussfaktoren identifiziert, die umweltfreundliches Verhalten beeinflussen. Diese betreffen Faktoren wie Wissen, Fähigkeiten, Normen und Werte und sollen längerfristig adressiert werden. Drittens soll in konkreten Entscheidungssituationen versucht werden, Konsument*innen zu umweltfreundlichem Verhalten zu verhelfen. Für all diese Bereiche werden verschiedene politische Instrumente vorgestellt und diskutiert. Diese umfassen regulative Maßnahmen, ökonomische und informationelle Instrumente, Bildungsinstrumente, persuasive Instrumente sowie Veränderungen von Entscheidungskontexten und staatliche Infrastrukturen und Angeboten.

Des Weiteren nimmt der SRU eine Einschätzung der politischen Realisierungschancen solcher Maßnahmen zur Förderung umweltfreundlichen Verhaltens vor (SRU 2023: Kapitel 4). Dabei wird auf die gesellschaftliche Akzeptanz, die programmatische Ausrichtung der regierenden Parteien, mögliche Widerstände einflussreicher Interessensvertretungen und institutionelle Hürden eingegangen.

Anhand von drei Fallbeispielen (SRU 2023: Kapitel 5) werden konkrete Maßnahmen, die sich auf die drei oben genannten Bereiche beziehen, diskutiert. Als Beispiel täglicher umweltrelevanter Ernährungsentscheidungen wird der Fleischkonsum adressiert. Hier wird insbesondere betont, dass viele Menschen sich der negativen Umweltauswirkungen vom Konsum tierischer Produkte nicht ausreichend bewusst sind und der Preis von Fleisch sowie Angebote in Kantinen teils zu Fehlanreizen führen. Es werden daher unter anderem ökonomische und informationelle Maßnahmen sowie Veränderungen in der Art der Präsentation von vegetarischen Menüs in Kantinen vorgeschlagen.

Die Nutzungsdauer von Smartphones wird als Beispiel für umweltrelevante Konsumententscheidungen herangezogen, die nicht täglich, sondern im Abstand von mehreren Jahren getroffen werden. Das Smartphone ist dabei ein Elektrogerät, dessen negative Umweltwirkung fast ausschließlich bei der Herstellung entstehen und nur in sehr geringem Maß durch die Nutzung. Zugleich werden die Geräte häufig durch neue ausgetauscht, auch wenn sie in noch nutzbarem Zustand sind. Diesem Phänomen soll durch Maßnahmen entgegengewirkt werden, die unter anderem auf bessere Bedingungen für mehr Reparaturen und eine höhere Wertschätzung des Gerätes auch bei längerem Gebrauch abzielen.

Als Beispiel für umweltrelevante Konsumententscheidungen, die nur selten im Verlauf eines Lebens getroffen werden, wird die Gebäudesanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden, adressiert. Hier zeigen sich als Hürden für klimafreundliches Verhalten unter anderem, dass die Eigentümer teils nicht gut über den genauen Zustand und den Sanierungsbedarf informiert sind und dass die Durchführung einer Sanierung teils eine große finanzielle und planerische Herausforderung darstellt. Um dem entgegenzuwirken, schlägt der SRU insbesondere regulative, ökonomische und informationelle Maßnahmen vor. Auf allgemeiner Ebene – losgelöst von den Fallbeispielen – listet der SRU schließlich Leitfragen und dazugehörige Ansatzpunkte auf (SRU 2023: 164 ff.), die zur Entwicklung und Einführung von Maßnahmen dienen sollen, die umweltbezogenes Verhalten adressieren.

3.2 Gender – ein „blinder Fleck“ im SRU-Gutachten

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive fällt auf, dass das Gutachten mit seinem Fokus auf individuellem Verhalten soziale Interaktionen sowie den sozialen Kontext – wechselnde und kontextabhängige soziale Rollen, die Menschen einnehmen – vernachlässigt. Damit liegen auch unterschiedliche gesellschaftliche Positionen, Einflussmöglichkeiten, Ungleichheiten und Machtverhältnisse weitestgehend außerhalb des Blicks, den die Autoren des Gutachtens einnehmen. Die im Gutachten zentrale Nutzung von verhaltenswissenschaftlichen Theorien und Erkenntnissen (SRU 2023: Kapitel 3.1 und 3.2 von Andreas Homburg) verfestigt die Betrachtung von individuellem Verhalten auf abstrakter Ebene. Die Ansätze werden heruntergebrochen durch das Verhalten von Individuen erklärt und darauf aufbauend werden Handlungsempfehlungen abgeleitet, anstatt den Zwischenschritt der Betrachtung von Menschen verschiedener sozialer Positionen und Rollen (inkl. Settings und Kontexte) mitzudenken.

An einzelnen Stellen (siehe unten) werden Unterschiede zwischen Männern und Frauen, z. B. in Bezug auf Fleischkonsum und Offenheit gegenüber umweltpolitischen Maßnahmen erwähnt, jedoch nur an wenigen Stellen und ohne, dass eine Einordnung solcher Ergebnisse beziehungsweise eine Diskussion von Geschlechteraspekten vorgenommen wird. Angesichts der Herausforderung, geschlechterspezifische Unterschiede (im Konsum) herauszuarbeiten und zugleich damit nicht dazu beizutragen geschlechterspezifische Rollenzuschreibungen zu reproduzieren, ist es jedoch essenziell, nicht nur die Differenzen zwischen den Geschlechtern in den Blick zu nehmen, sondern auf Gender beziehungsweise Geschlechtergerechtigkeit zu schauen. Diese Perspektive bezieht das Verhältnis mit ein, zwischen „dem gesellschaftlich dem Männlichen Zugeschriebenen und dem gesellschaftlich dem Weiblichen Zugeschriebenen und die Frage nach den damit einhergehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten, Ausgrenzungen und Machtverhältnissen“ (Spitzner et al. 2020: 48) zu unterscheiden.

Entsprechend dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit (siehe Kap. 2) bringt die Genderperspektive laut Rückert-John et al. (2020: 94 ff.) einen Mehrwert in vielerlei Hinsicht. So können dadurch die Ausdifferenzierung der Gesellschaft angemessen berücksichtigt und zielgruppenspezifische Lösungsansätze ermöglicht werden, „die mögliche Unterschiede z. B. in den Anforderungen und Voraussetzungen adressieren und so ihre Umsetzungsfähigkeit steigern können“ (Rückert-John et al. 2020c: 98). Auch ermöglicht diese Perspektive den Blick darauf, welche gesellschaftlichen Gruppen von möglichen Maßnahmen eher profitieren oder eher die Lasten tragen beziehungsweise „inwiefern strukturelle oder institutionelle Rahmenbedingungen Veränderungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen eher befördern oder eher behindern“ (ebd.: 94). Zudem können durch die Berücksichtigung von Genderaspekten in interdependenter Verknüpfung mit weiteren sozialen Faktoren geschlechtlich geprägte Ungleichheiten und Machtverhältnisse erkannt und somit vor nicht intendierten Nebenfolgen von Maßnahmen frühzeitig gewarnt werden (ebd.: 94).

Im Hinblick auf nachhaltigeren Konsum wird durch die Genderperspektive unter anderem auch der Zeitaufwand, der damit verbunden ist, und im Zusammenhang damit auch die Arbeitsteilung, Verantwortlichkeiten und Geschlechterrollen berücksichtigt (Rückert-John et al. 2020c: 97). So können Maßnahmen, die zu nachhaltigerem Konsum führen sollen, daraufhin untersucht werden, ob sie tendenziell zur Verstärkung oder Reduktion von Ungleichheiten der Geschlechter beitragen.

3.3 Das Individuum im Fokus

Wie bereits erwähnt, stehen individuelle Verhaltensweisen im Zentrum des Gutachtens. Diese werden aus psychologischer Perspektive betrachtet, nicht aber tiefer untersucht oder hinterfragt im Sinne davon, wer in der Gesellschaft welche Art von Verhaltensweisen praktiziert und durch welche sozialen Mechanismen diese zustande kommen und reproduziert werden. Dabei werden insbesondere soziale Ungleichheiten, denen Merkmale zugrunde liegen, die über Generationen vererbt werden, beziehungsweise fester Teil der Identität von Menschen sind („durable inequalities“) – wie Geschlecht, Hautfarbe und ethnische Zugehörigkeit – überwiegend in der Art und Weise wie gesellschaftliche Institutionen funktionieren und damit auf nicht sichtbare oder bewusste Weise reproduziert (z. B. Tilly 1998).

Es wird konstatiert, dass der nötige Wandel nur gelingen kann, wenn Menschen in „all ihren Entscheidungskontexten“ adressiert werden. Hier werden Bürger*innen, Investor*innen, Rollenvorbilder sowie Menschen im beruflichen Kontext und als Konsumierende genannt. Daraus wird die Privatperson als Fokus herausgegriffen (SRU 2023: 29). Dies sind Kategorien, die auf eine wirtschaftliche Logik hindeuten. Dass auch soziale Kategorien wie Geschlecht, soziale Schicht, Kultur und unterschiedliche Verantwortlichkeiten sowie unterschiedliche Einflussmöglichkeiten auf Konsumententscheidungen maßgeblich die Entscheidungskontexte von Menschen beziehungsweise von „Privatpersonen“ oder Individuen bestimmen, wird hier nicht miteinbezogen. So wird beispielsweise betont, dass Privatpersonen viele Möglichkeiten haben mehr oder weniger umweltbewusste Konsumententscheidungen zu treffen. Dass aber sowohl die tatsächlichen Entscheidungsmöglichkeiten wie auch die Konsumententscheidungen selbst in hohem Maße von der jeweiligen sozialen Position der Person (z. B. den oben genannten Kriterien) und den jeweiligen situationsbedingten Praktiken abhängen, bleibt unerwähnt.

Wie auch Jaeger-Erben (2023) betont, führt der Fokus auf individuellem Verhalten dazu, dass Verhalten, was oft nicht auf individuellen Entscheidungen beruht, sondern Ergebnis sozialer Aushandlungen ist oder im Kontext gemeinschaftlichen Handelns steht, nicht im Blick des Gutachtens ist, obwohl gemeinschaftliche Ansätze gerade im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes eine zentrale Rolle spielen. Dabei wird auch die Tatsache, dass Gesellschaften stark von Ungleichheiten durchzogen sind, außer Acht gelassen, anstatt ungleiche Machtverhältnisse und damit Menschen aus benachteiligten Gruppen explizit mitzuberücksichtigen. Auch in der Auflistung der Leitfragen am Ende des Gutachtens spiegeln die ausgewählten Rubriken nur die Ebene des individuellen Verhaltens wider und lassen dabei den Blick auf unterschiedliche gesellschaftliche Positionen und Ungleichheiten außen vor. Zusätzlich zu „1. Bedeutung des individuellen Verhaltens abwägen“ und „2. Entscheidungssituation verstehen“ sollte – bevor es um die Instrumente geht – auch darauf geschaut werden, wer genau adressiert werden soll und welche gesellschaftlichen Gruppen oder Merkmale hier möglicherweise relevante Unterschiede darstellen, sodass diese in der weiteren Analyse mitberücksichtigt werden können. Dementsprechend sollte hier eine Rubrik mit einem Titel wie beispielsweise „Sozioökonomischen Hintergrund und gesellschaftliche Position berücksichtigen“ ergänzt werden. Das Ziel sollte es dabei sein, der Tatsache gerecht zu werden, dass nicht alle Menschen, die mit bestimmten Maßnahmen erreicht werden sollen, über gleiche Möglichkeiten

und sozioökonomische Voraussetzungen verfügen, ihre Konsumpraktiken nachhaltiger zu gestalten und zugleich mögliche ungleichheitsverstärkende Effekte zu bedenken. Entsprechend der Struktur der Leitfragen, die zentrale Fragen und Ansatzpunkte aufführt, könnten die zentralen Fragen hier beispielsweise sein:

- Welche Bevölkerungsgruppen sollen adressiert werden?
- Welche Handlungsspielräume werden vorausgesetzt und wodurch sind diese möglicherweise für bestimmte Gruppen eingeschränkt? (Blick z. B. auf verfügbare finanzielle, zeitliche oder soziale Ressourcen, aber auch kulturelle Aspekte und Fragen der Machtverteilung)
- Welche möglicherweise gesellschaftliche Ungleichheiten verstärkenden Effekte können sich ergeben bzw. treten nach der Implementierung auf? (z. B. Reproduktion von Rollenerwartungen, die auf Ungleichheit der Geschlechter, soziale Schichten oder anderen Ungleichheiten beruhen)

Ansatzpunkte, die sich daraus ergeben, können beispielsweise Folgende sein:

- Bei starkem Fokus auf eine oder einige wenige Bevölkerungsgruppen sollte dieser begründet oder überarbeitet werden.
- Werden die Handlungsspielräume als gering eingeschätzt, sollten die Faktoren, die diese beeinflussen, identifiziert und wenn möglich, begleitende Maßnahmen zu deren Reduktion durchgeführt werden oder gegebenenfalls Anpassungen der Maßnahme an soziokulturelle Gegebenheiten vorgenommen, beziehungsweise Zugänge geschaffen werden.
- Sind ungleichheitsverstärkende Effekte zu befürchten oder tauchen nach Implementierung einer Maßnahme auf, sollten Anpassungen vorgenommen oder diese Effekte durch begleitende Maßnahmen aufgefangen werden.

3.4 Adressierung von Zielgruppen als Blackbox

In der Analyse der Einflussfaktoren und möglichen Ansätze zur Verhaltensänderung (SRU 2023: Kapitel 3.1), wie auch an anderer Stelle im Gutachten, wird von „Zielgruppen“ gesprochen, die jedoch nicht genauer spezifiziert werden. Bei der Darstellung informationeller Instrumente (SRU 2023: Kapitel 3.3.3) wird betont, dass es wichtig sei, die Informationen zu umweltschädlichem oder umweltfreundlichem Verhalten und möglichen Co-Benefits so aufzubereiten, dass sie höchstmögliche persönliche Relevanz haben. Dementsprechend sollen Zielgruppen möglichst genau analysiert und adressiert werden. Hier werden Lebensstile und die mögliche Nutzung von gesundheitsbezogenen Informationen erwähnt, also wieder auf die Ebene der Individuen geschaut. Während darauf hingewiesen wird, dass die Wahl des Informationskanals nicht zur Verstärkung sozialer Ungleichheiten beitragen soll, wird nicht darauf eingegangen, dass eine Adressierung (im Sinne der Zielgruppen-Ansprache) von Menschen, die aufgrund bestimmter Merkmale (wie Geschlecht, gesellschaftliche Schicht, Herkunft, Hautfarbe, etc.) benachteiligt sind, sinnvoll wäre. Auch bei den Maßnahmen zur Reduktion des Fleischkonsums (SRU 2023: 116) wird betont, dass Kampagnen, Bildungsprojekte und Informationen immer passend für die Zielgruppe gestaltet werden sollten. Auch hier wird jedoch nicht ausgeführt, welche Zielgruppen dies sein könnten oder sollten.

Bei der Beschreibung von Faktoren, die das Umweltverhalten von Menschen beeinflussen, werden auch „Merkmale des Individuums (Einflussfaktor 14)“ erwähnt. Hier werden Alter, Einkommen, Persönlichkeitsmerkmale wie Offenheit und Gewissenhaftigkeit und Geschlecht angesprochen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass für die Förderung umweltfreundlichen Verhaltens „diese soziodemografischen

Faktoren bei der Zielgruppeneinteilung, -erreichbarkeit und -ansprache beachtet werden [sollten].“ (SRU 2023: 48). Auf diese soziodemographischen Faktoren wird jedoch im Verlauf des Gutachtens nicht weiter eingegangen. Die Ausführungen dazu, dass politische Maßnahmen „sozialverträglich gestaltet“ werden müssen (ebd.: 37 f.) – an anderer Stelle ist von sozialer Gerechtigkeit die Rede (ebd.: 27) – beschränken sich auf den ökonomischen Bereich. Es wird dargestellt, wie stark der Zusammenhang zwischen materiellem Wohlstand und umweltschädlichem Verhalten ist und dass daher auch politische Maßnahmen so ansetzen sollten, dass diejenigen Menschen stärker belastet werden, die über mehr Einkommen verfügen.

Unter „Kontextfaktoren“ als ein weiterer Aspekt der diskutierten Einflussfaktoren, die das Umweltverhalten von Menschen beeinflussen, wird erwähnt, wie relevant es für das Verhalten von Menschen ist, ob in ihrem Verhaltensumfeld gesellschaftliches Engagement vorhanden ist oder nicht (ebd.: 49). Bei der Darstellung des Ansatzes, um die Kontextbedingungen zu verändern, wird diese Feststellung jedoch nicht aufgegriffen. Hier könnten Ansätze diskutiert werden, wie Formen des gemeinschaftlichen Engagements und/oder Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren, stärker gefördert werden können. Es wird betont, dass die Verbesserung der Kontextbedingungen einen grundlegenden Faktor darstellt: „An erste Stelle sollte die Verbesserung der Kontextbedingungen gestellt werden.“ (ebd.: 53). Hier sollte gleich von Anfang an eine differenzierte Betrachtung auch in Hinblick auf unterschiedliche Bedürfnisse der unterschiedlichen Geschlechter vorgenommen und besonders darauf geachtet werden, dass die Maßnahmen die Situation von Frauen beachten und zum Abbau von genderbasierten Ungleichheiten beitragen.

3.5 Entscheidungsprozesse und die Frage der Repräsentanz

Die im Gutachten diskutierten Maßnahmen zielen auf Bildung, die Änderung von Einstellungen und sozialen Normen und auch auf Kontextfaktoren ab, nicht aber darauf, beispielsweise Änderungen von Macht- und Entscheidungsstrukturen zu Umweltmaßnahmen (jenseits der politisch engagierten Akteure) zu erreichen und für Ungleichheiten und Benachteiligungen zu sensibilisieren, die sich auch auf individuelles Verhalten auswirken. Dabei sollte eine geschlechtergerechte Gestaltung von Maßnahmen nicht nur die Zielebene miteinschließen, sondern auch die Beteiligung an der Planung und Gestaltung selbst. Wichtig ist dabei, dass Frauen in den Planungsprozessen und die Implementierung von Maßnahmen zur Verhaltensänderung mindestens ebenso involviert sind wie Männer. Die Feststellung, dass Frauen bei Studien zu Umwelteinstellung und -verhalten besser abschneiden als Männer (z. B. SRU 2023: 86), könnte darüber hinaus Anlass dazu geben, darüber nachzudenken, dass es daher auch sinnvoll wäre, wenn mehr Frauen in Entscheidungspositionen wären und umweltfreundliches Verhalten von Frauen besonders zu fördern, bzw. sie als Vorbilder hervorzuheben. Schließlich lässt sich vermuten, dass Frauen, die zu höheren Anteilen solche Maßnahmen befürworten, gegebenenfalls auch gut geeignet sein könnten, diese zu kommunizieren und politisch zu vertreten.

Eine „prozedurale Fairness“ wird als Faktor für die Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen thematisiert (ebd.: 88 ff.). Hier wird jedoch ausschließlich das Beispiel des Bürgerrates erwähnt und eine mögliche Einbeziehung von Expert*innen angesprochen. Dabei wäre es an dieser Stelle auch interessant zu untersuchen, ob die Repräsentanz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in Entscheidungsprozessen beziehungsweise Erarbeitungsprozessen umweltpolitischer Maßnahmen eine Rolle für die Akzeptanz dieser spielt.

3.6 Genderaspekte in den Fallbeispielen

Die drei Fallbeispiele werden vom SRU auf eine Weise betrachtet, die sehr auf die individuelle, persönliche Entscheidungsebene fokussiert und diese nicht ausreichend kontextualisiert. Denn wie auch in anderen Bereichen haben Entscheidungen in den drei Beispielen – beziehungsweise den Bereichen, die sie repräsentieren – mit dem (sozialen) Umfeld der jeweiligen Person und der Position in der Gesellschaft zu tun. Beispielsweise wird in Bezug auf den Fleischkonsum (Fallbeispiel 1) betont, dass es sich hier häufig um unbewusste Ernährungsentscheidungen handelt und daher regelmäßige, verfestigte Ernährungsgewohnheiten oder besser Ernährungspraktiken eine zentrale Rolle spielen, die schwer zu ändern sind. Wie sehr diese Gewohnheiten auch mit der Geschlechteridentität zu tun haben, wird dabei nicht erwähnt. Dies wäre interessant, gerade auch vor dem Hintergrund, dass, wie bereits erwähnt, Frauen Maßnahmen zur Reduktion von Fleischkonsum gegenüber aufgeschlossener sind als Männer.

Auch bei der Darstellung des Fallbeispiels 2, wie häufig befragte Personen gerne ein neues Smartphone hätten, weisen Frauen eine etwas umweltfreundlichere Einstellung auf (44 Prozent der Frauen würden ihr aktuelles Gerät am liebsten so lange wie möglich nutzen im Vergleich zu 40 Prozent der Männer, SRU 2023: 128). Eine zielgruppenorientierte Ansprache wird empfohlen zur Aktivierung positiver Einstellungen in Bezug auf Reparaturen von Smartphones (ebd.: 132). Hier wird nur ein Fokus auf Altersgruppen als Beispiel genannt, Geschlechterunterschiede wären dabei jedoch auch relevant. Beim Thema „Reparaturen erleichtern“ wird die Möglichkeit des Aufbaus einer Plattform qualitätsgesicherter Reparaturanbieter angesprochen. Die Wichtigkeit von leicht zugänglichen Anlaufstellen für Reparaturen könnte stärker dahin gehend betont werden, dass solche Lösungen am Alltag der Menschen ansetzen und ein Ausbau dieser Strukturen somit auch eine wichtige Maßnahme darstellt, um speziell auch Frauen zu erreichen, und sie damit in ihrer Einstellung zur möglichst langen Nutzung der Geräte zu unterstützen.

Beim Beispiel der Gebäudesanierung (Fallbeispiel 3) wird angesprochen, dass die Komplexität der Entscheidungsfindung über energetische Sanierungen in der Forschung vernachlässigt wird (ebd.: 142). Eine Analyse darüber, welche Personen des Haushalts diese Entscheidungen stärker beeinflussen und inwiefern hier Geschlechteraspekte einen Unterschied machen, wäre sinnvoll. Da die energetische Gebäudesanierung komplexe Kenntnisse, Entscheidungen, finanzielle Ressourcen und Planung erfordert, die – wie im Gutachten mehrfach erwähnt wird – einzelne Haushalte teilweise überfordern, könnte hier zudem stärker auf Ansätze, die nicht nur die Privathaushalte betreffen, sondern den lokalen Kontext und soziale Strukturen miteinbeziehen, geschaut werden. Damit würde der Blick nicht nur „Privatpersonen“, sondern auch Gemeinschaften, Quartiere oder ähnliche soziale Strukturen, die für die Sanierungen gemeinsame Verantwortung übernehmen können, erfassen. So könnte der im Gutachten erwähnten Tatsache, dass viele Eigentümer*innen den energetischen Zustand ihres Hauses falsch einschätzen und daher keine Notwendigkeit einer Sanierung sehen, durch verstärkte, lokal sichtbare und zugängliche Expertise dazu entgegengewirkt werden. Auch sollten die Möglichkeiten der Unterstützung und Begleitung von Sanierungsprozessen durch lokale Institutionen auf Ebene von Quartieren und Gemeinden eruiert und ausgebaut werden, um einerseits konkrete beratende Unterstützung auszuweiten und andererseits das Thema stärker in Diskussionen und Aktivitäten zu gemeinschaftlichen Umweltmaßnahmen einzubinden.

3.7 Resümee

Das Gutachten enthält wesentliche Aspekte, die für eine effektive Umsetzung von umweltpolitischen Maßnahmen relevant sind und leistet mit seinen Empfehlungen einen wichtigen Beitrag, um mit politischen Maßnahmen zum Klimaschutz neben der Produktion auch den Konsum zu adressieren. Durch

den auf das Individuum fokussierten Blick verpasst der SRU allerdings die Chance, nachhaltigen Konsum in seiner gesellschaftlichen Komplexität zu erfassen. Der verhaltenspsychologische Ansatz ignoriert die gesellschaftlichen Positionen der Individuen und die Tatsache, dass Entscheidungen nicht nur von individuellen Kenntnissen, Einstellungen, Normen, etc. beeinflusst werden, sondern auch Gegenstand von sozialen Aushandlungsprozessen sind, die sich im Kontext sozialer Rollen und Machtverhältnisse abspielen.

Die Analyse zeigt, dass sowohl im übergeordneten Fokus des Gutachtens auf das Individuum als auch an konkreten Stellen eine differenziertere Betrachtung von konsumbezogenen Unterschieden hinsichtlich gesellschaftlicher Merkmale wie Geschlecht (aber auch weiterer Merkmale) wünschenswert wäre. Beispielsweise dort, wo auf Zielgruppen hingewiesen wird, aber auch wenn es um Entscheidungsprozesse und Repräsentanz geht. In den Fallbeispielen und den übergeordneten Leitfragen wurden konkrete Stellen identifiziert, wo eine solche Betrachtung sinnvoll wäre. Gesellschaftliche Ungleichheiten werden fast ausschließlich hinsichtlich ökonomischer Unterschiede berücksichtigt. Die Erweiterung der Perspektive mit Blick auf Gender und andere ungleichheitsrelevante gesellschaftliche Merkmale sollte im Ergebnis dazu führen, dass die Maßnahmen, die mit Hilfe der Empfehlungen des SRU entwickelt werden, stärker an die Alltagsrealität der Konsument*innen anknüpfen. Wenn möglich sollten Maßnahmen dadurch so geplant und durchgeführt werden, dass sie gesellschaftlichen Ungleichheiten entgegenwirken, mindestens aber den Anspruch haben diese nicht zu verstärken.

4 Geschlechtsspezifische Konsummuster der Ernährung

Im Ernährungsalltag zeigen sich deutliche geschlechts- und schichtspezifische Ungleichverhältnisse, deren Darstellung in diesem Kapitel Ausgangspunkt für die Beschreibung und Diskussion geschlechterspezifischer Ernährungsmuster sowie unterschiedlicher Präferenzen für eine nachhaltigere Ernährung ist. Im Anschluss daran werden geschlechterspezifische Auswirkungen diskutiert, die mit einer Umstellung auf nachhaltigen Konsum einhergehen, sowie auf Ansatzpunkte für Ernährungsmuster und Konsumtrends, bei denen sich abzeichnet, dass sie tendenziell umweltfreundlich und zugleich geschlechtergerecht sind.

Im Folgenden wird auf **Ernährung als spezielles Konsumfeld** fokussiert. Auch im SRU-Gutachten (2023) ist Ernährung (am Beispiel des Fleischkonsums) ein Schwerpunktthema, neben Elektroniknutzung (am Beispiel Smartphone) und Wohnen (am Beispiel der energetischen Sanierung von Eigenheimen). Die Besonderheiten des Ernährungskonsums (SRU 2023: 108) aus einer Alltagsperspektive – im Vergleich zu den anderen Konsumfeldern – bestehen vor allem in der Häufigkeit der Entscheidung (mehrmals täglich), der erwünschten Verhaltensänderung in Richtung einer stärker pflanzenbasierten Ernährung mit erwarteten Mehrkosten u. a. für Konsument*innen, der starken sozial-kulturellen Verankerung und sozialisatorischen Prägung von Ernährungspraktiken und der bisher geringen staatlichen Einflussnahme.

4.1 Geschlecht- und schichtspezifische Ungleichverhältnisse im (Ernährungs-)Alltag

Ein beständiges Thema der Haushalts- und Familienforschung ist die Organisation der Aufgaben im Privathaushalt durch ihre Mitglieder. Diese Aufgaben werden geschlechtlich entlang des Schemas außen/innen geordnet, wobei Frauen die Arbeit im Haus zugewiesen wird. Das ist auch in Familien und Lebensgemeinschaften vorzufinden, die in einem gesellschaftlichen Umfeld situiert sind, in dem diese

Differenz mehrheitlich abgelehnt wird (Evertson 2006). In den meisten Fällen stimmt die Selbstbeschreibung der familiären Arbeitsteilung nicht mit den per Zeitbudget-Erhebungen gemessenen Beteiligungen der Familienmitglieder an der Hausarbeit überein (Oberndorf/Rost 2005). Verschiedene Untersuchungen zeigen immer wieder die nach Geschlechtern ungleiche Verteilung von Erwerbsarbeit und häuslicher Arbeit sowie der damit korrespondierenden Aufgaben (Meier-Gräwe/Zander 2005; Leonhäuser et al. 2009; Klünder 2020), die bei berufstätigen Frauen und Müttern eher zur Doppelbelastung als zu gerechterer Hausarbeitsteilung führen (Wunderlich et al. 2004: 25). Durch die gleichzeitige Aufwertung der männlichen Erwerbsarbeit und die „gesellschaftliche Trivialisierung“ der weiblichen Sorgearbeit schafft diese Arbeitsteilung starke Ungleichheiten, die sich sowohl ökonomisch wie auch in der sozialen Anerkennung niederschlagen (Häußler/Meier-Gräwe 2012: 11). So zeigt der Mikrozensus von 2022 (Statistisches Bundesamt 2023), dass das Armutrisiko von Frauen (15,4 Prozent) in allen Altersgruppen höher ist als das von Männern (13,9 Prozent). Altersarmut betrifft im überdurchschnittlichen Maße Frauen (20,3 Prozent) und weniger Männer (15,9 Prozent).

Der kontinuierliche Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen⁶ über die letzten Jahrzehnte und der Formenwandel der Familie wirkten sich auch auf die Ausgestaltung der Ernährungsarbeit aus. Die Ernährungsarbeit ist ein zentraler Bereich der Sorgearbeit, wo sich die Ungleichheit manifestiert, da dies der aufwendigste Bereich des Haushalts ist (Häußler/Meier-Gräwe 2012: 10). So geben vollzeiterwerbstätige Mütter an, sich zu 79,2 Prozent an der täglichen Mahlzeitenzubereitung zu beteiligen. Teilzeiterwerbstätige tun dies zu 87,2 Prozent und nicht erwerbstätige Mütter zu 91,9 Prozent. Auch bei den der Mahlzeit nachgelagerten Arbeiten weisen die Mütter eine signifikant höhere Beteiligung auf als die Väter. Jedoch erhalten die Mütter mit zunehmendem zeitlichen Erwerbsumfang eine größere Unterstützung bei den anfallenden Arbeiten rund um die Mahlzeiten durch ihre Partner. Sie unterstützen die vollzeiterwerbstätigen Frauen insbesondere bei der Geschirrräumung mit bis zu 37 Prozent, andere Frauen werden mit weniger als 30 Prozent bei diesen Tätigkeiten unterstützt (Leonhäuser et al. 2009: 64 ff.). Das Phänomen, dass Mütter im Schnitt mehr Zeit für die Ernährungsarbeit in Familien investieren als Väter zieht sich trotz teilweise unterschiedlicher Arbeitsteilungsmuster durch alle gesellschaftlichen Milieus und ist auch dort zu finden, wo diese ungleiche Arbeitsaufteilung mehrheitlich abgelehnt wird (Rückert-John/John 2018: 61; Häußler/Meier-Gräwe 2012: 12). Die ungleiche Arbeitsteilung der Geschlechter von Erwerbs- und Sorgearbeit ist auch mit einer Zeitungleichheit und Zeitungerechtigkeit verbunden (Bücker 2022: 84).

Die Hausarbeit als Teil der umfassenderen Care-Arbeit, mit der Familie hergestellt wird (Jurczyk 2014), schließt auch die Auswahl und Zu- und Nachbereitung des Essens ein. Die weibliche Geschlechterrolle impliziert, dass Frauen überwiegend das alltägliche Kochen übernehmen, während Männer eher öffentlich oder anlassbezogen kochen (Rückert-John/Reis 2020: 411). Der BMEL-Ernährungsreport 2023 zeigt beispielweise, dass 55 Prozent der Frauen im Unterschied zu 34 Prozent der Männer jeden Tag selbst kochen (BMEL 2023). Dabei sind es überdurchschnittlich vor allem die 30- bis 44-Jährigen und die Älteren ab 60 Jahren mit jeweils 51 Prozent (im Vergleich zu 45 Prozent im Durchschnitt aller Befragten). Somit liegt die Verantwortung für eine „gesunde, ausgewogene und ökonomisch vernünftige Ernährung“ überwiegend bei den Frauen⁷ (Häußler/Meier-Gräwe 2012: 15 f.). Diese Geschlechterrolle beinhaltet die Fürsorge gegenüber den Haushalts- und Familienmitgliedern (Kaufmann 1999; Schlegel-Matthies 2004).

⁶ Erwerbstätigenquote 1990: 53,8 Prozent Frauen, 78,5 Prozent Männer; 2012: 68 Prozent Frauen, 77,6 Prozent Männer; 2017: 71,5 Prozent Frauen, 78,9 Prozent Männer (Statistisches Bundesamt, 2018).

⁷ Auch auf alleinlebenden, jungen Frauen lastet im Gegensatz zu alleinlebenden, jungen Männern ein höherer gesellschaftlicher Druck bestimmten Ansprüchen in der Ernährung gerecht zu werden (Interview mit Ricarda Kramer, 11.1.2024).

Der Bezug auf andere wird zugleich als Leidenschaft und Liebe verbrämt. Die weibliche Leidenschaft ist auf Beziehungen fixierte soziale Emotion. Indem sie von anderen abhängt, können die damit einhergehenden, intrinsisch bestimmten Handlungsvollzüge kaum gesteuert werden. Die Erfüllung dieser Aufgabe durch Frauen wird dann vor allem als Anstrengung beobachtet (Weinbach 2005). Die Anerkennung dieser leidenschaftlichen Anstrengungsleistungen im Haushalt wird als eine paternalistische Strategie gegenüber den weiblichen Familienmitgliedern erkennbar (Goffman 1994). Die klassische Familienmahlzeit gilt hierbei weiterhin als „Sinnbild der intakten Kleinfamilie und Zeichen der Fürsorge der Mutter“ (Schönberger/Methfessel 2011: 8). Sie verschleiert jedoch die nötige Zubereitungszeit, die eine geforderte gesunde, ausgewogene und frisch zubereitete Speise bedarf. Dies führt zu einem gewachsenen Anforderungsdruck an (insbesondere berufstätige) Mütter, denen weiterhin die weitestgehend alleinige Ernährungsverantwortung zugeschrieben wird (ebd.).

Gleichwohl wirken die gesellschaftlichen Erwartungen als stark normalisiert, sodass sie zu einem hohen Maß internalisiert sind und damit den eigenen Anspruch von Frauen und Männern formen (Interview mit Ricarda Kramer, 11.01.2024). Damit lässt sich auch erklären, dass die stärker auf Frauen lastende Verantwortung für Ernährungsarbeit von ihnen selbst häufig nicht – oder nur teilweise – als Belastung wahrgenommen wird. Zugleich bietet die Verantwortlichkeit für die Ernährungsversorgung Frauen auch die Möglichkeit, dadurch Fürsorge und (weibliche) Kompetenz zu beweisen (Häußler/Meier-Gräwe 2012: 14). So ist die Übernahme der Hauptverantwortung für die Ernährung von Frauen auch darin begründet, dass Mütter häufig das Empfinden verinnerlicht haben, für die Ernährungsversorgung der Familie verantwortlich zu sein und somit bestrebt sind, diesem Rollenbild zu entsprechen (Häußler/Meier-Gräwe 2012: 18). Im Zusammenhang mit der gesellschaftlich zugewiesenen weiblichen Verantwortungsübernahme für Ernährungs-, Versorgungs- und Pflegeaufgaben werden männliche Familien- und Haushaltsmitglieder nicht selten von ihrer Verantwortung für diese Aufgaben befreit (John 2022). Es etablieren sich oft partnerschaftliche Arrangements, die dem Muster einer „hegemonialen Mütterlichkeit“ folgen: Frauen proklamieren für sich die Hoheit für Fragen der Ernährung und Männer überlassen diese Aufgaben auch gern den Frauen (Ehnis 2008).

Im Haushalt umfassen die Care-Aufgaben auch die Versorgung der Familien- oder Haushaltsmitglieder mit Nahrung. Darum ist die allfällig festgestellte höhere weibliche Ernährungskompetenz keine Überraschung (MRI 2008; Mensink et al. 2007b; BMEL 2023). Wenn die weibliche Geschlechterrolle die Ernährung einerseits als Aufgabe vorsieht, andererseits eine erwartete Strategie weiblicher Körperbildung die Askese etwa in Form von Diät ist, hat Essen eine große Bedeutung für die weibliche Geschlechtsidentität. Daraus folgt die durchschnittlich höhere Ernährungskompetenz von Mädchen und Frauen beinahe zwangsläufig. Hier zeigt sich erneut, dass die geschlechtlich markierte Feststellung eines Fakts, eben keine Erklärung bereithält. Die Widerstände dagegen und die geringe Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen resultieren aus Ängsten, die aus einer Verunsicherung der Geschlechterrollen als Identitätsaspekt folgen. Der kochende Mann ist in der Perspektive der Geschlechterattribute ein Spezialist und Held in der Küche am Herd oder mindestens am Grill. Anders als die auf andere gerichtete Leidenschaft kochender Frauen, richtete sich die Leidenschaft des kochenden Mannes auf das Produkt und dessen Zubereitung. So ist die männliche Leidenschaft eine sachliche und damit völlig kontrollierbare, die sich als Kennerschaft auszeichnet. Dem Mann wird in diesem Sinn in der Küche letztlich die Fähigkeit unterstellt, die angestrebte Leistung zu erbringen. Bestätigung findet diese Erwartungshaltung nicht nur beim semiöffentlichen Grillen, der Zubereitung von Fest- und exotischem Essen in der Familie, sondern vor allem in dem erstaunlichen Umstand, dass das Kochen außer Haus in Restaurants und Kantinen vor allem in männlicher Hand liegt (Setzwein 2004; Rückert-John/John 2018).

Die Muster der häuslichen Arbeitsteilung sind recht stabil (Klunder 2020). Egalität in der häuslichen Arbeitsteilung und Partnerschaft wird vor allem durch zwei Ereignisse unterminiert, nämlich durch die Eheschließung und die Geburt des ersten Kindes (Rückert-John/John 2018: 62). Beide Ereignisse veranlassen insbesondere in Deutschland eine Re-Traditionalisierung der Rollenarrangements (Dienel 2003; Niemer 2004: 13; Wunderlich et al. 2004: 24), der lediglich durch Aufschub oder Suspendierung dieser Ereignisse begegnet wird (Nave-Herz 2003: 50; Hendel-Kramer et al. 2004). Allgemein wird die Re-Traditionalisierung an der damit einhergehenden Einschränkung der Beteiligung an Erwerbsarbeit der Frauen und Mütter – wie z. B. der Teilzeiterwerbstätigkeit (49,2 Prozent Frauen, 12,7 Prozent Männer, Statistisches Bundesamt 2023) – deutlich (Evertson 2006; Badinter 2010; Buchebner-Ferstl 2011; Häußler/Meier-Gräwe 2012: 9 f.). Dies führt zu vielfältigen Benachteiligungen von Frauen in unterschiedlichen Bereichen ihres Lebens. Der berufliche Erfolg von Männern hingegen ist häufig davon abhängig, dass Frauen einen größeren Teil ihrer Zeit in die Sorgearbeit investieren (Bücker 2022: 57).

Die zurückgehende Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes wird dabei oft mit der Verantwortung der Mütter für das Neugeborene begründet. Wird den Vätern durchaus zugetraut, dass sie die Pflegearbeit erledigen können, sind Mütter doch unverzichtbar als erste Nahrungsquelle. Und so ist gerade Stillen nicht nur ein Ernährungsthema, sondern zugleich ein hochrelevantes Thema der Geschlechterforschung. Stillen beinhaltet nicht nur die Ernährungsversorgung des Neugeborenen, sondern wird zu einem Moment der Re-Traditionalisierung. Die Rollenerwartungen an Frauen als gute Mütter implizieren den Verzicht auf Selbstbestimmung zum Wohle des Kindes (Freudenschuß 2012; Kröger/Rückert-John 2013). Jenseits der Frage, ob die Erstversorgung durch Stillen unabdingbar mit dem Verzicht auf Erwerbstätigkeit verbunden sein muss, ist dies auch eine nachdrückliche Bestätigung des weiblichen Geschlechtsattributs, nämlich sich anstrengen zu müssen, ihre intrinsisch gesetzten Ziele gegenüber äußeren Anwürfen verteidigen zu müssen. Frauen sind hier klar durch äußere Umstände, nämlich das Kindsbedürfnis, bestimmt. Später findet dies geradezu selbstverständlich seine Fortsetzung in ihrer Verantwortung für die Kindsgesundheit im Rahmen der Frauen zugewiesenen Care-Aufgaben.

Die Doppelbelastung und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verstärkte sich auch durch die Corona-Pandemie (Kohlrausch/Zucco 2020). Mütter trugen die Hauptlast in den Zeiten geschlossener Kitas und Schulen, denn sie kompensierten die weggefallene Betreuung. In Haushalten mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren hatten 27 Prozent der Frauen, aber nur 16 Prozent der Männer ihre Arbeitszeit reduziert, um die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Bei Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen fiel die Diskrepanz noch größer aus. In Familien mit einer vormals gleichberechtigten Verteilung unbezahlter Arbeit wurde die anfallende Sorgearbeit – so auch die der Ernährung – in Corona-Zeiten häufig vor allem von Frauen übernommen. 60 Prozent der Paare mit Kindern unter 14 Jahren, die sich die Sorgearbeit vor der Corona-Pandemie fair teilten, taten das auch während der Krise. Bei Paaren mit einem Haushaltseinkommen unter 2.000 Euro waren es nur 48 Prozent. Das zeigt, dass Eltern, die finanziell stark unter Druck stehen, weniger Spielräume für eine gleichberechtigte Arbeitsteilung haben. Unter den Bedingungen der Krise wurde deutlich, dass Aufgaben der Ernährungsversorgung und der Zubereitung von Mahlzeiten nach wie vor mit typischen Geschlechterrollenerwartungen korrespondieren, mit denen Frauen und vor allem Mütter dafür verantwortlich gemacht werden, was tief in die soziale Geschlechterdifferenz eingelassen ist, und auch dann noch seine Fortsetzung findet, wenn Geschlechterrollenarrangements in Familien- und Partnerschaftshaushalten eigentlich flexibler geworden sind (Rückert-John/John 2018).

Die Erkenntnis, dass Frauen sogar bei voller Erwerbstätigkeit im Durchschnitt deutlich mehr Zeit für die Essenszubereitung in Familien investieren als Männer, zeigt, dass die gesellschaftlich etablierte

Zuständigkeit von Frauen für Sorgearbeit nicht nur eine oft ungleiche Arbeitsteilung zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit bedeutet, sondern auch wenn eine gleichberechtigte Aufteilungen in der Erwerbsarbeit besteht, zu einer Zeitungleichheit in der insgesamten Arbeitsaufteilung führt (Bücker 2022: 84). Demnach erscheint es sinnvoll, geschlechter- aber auch schichtbasierte Ungleichheiten im Ernährungsalltag auch als Zeitungerechtigkeit zu verstehen. Denn da Ernährungsarbeit überproportional von Frauen geleistet wird und da es eine sehr zeitintensive Aufgabe ist, wird hier – insbesondere in Haushalten mit Kindern – ein hoher zeitlicher Aufwand von Frauen geleistet.

Auch zeigt sich hier eine Mehrfachbelastung für Frauen, die in Armut leben, denn sie haben die Verantwortung für die Ernährungsversorgung, aber nicht die Mittel und zusätzlich häufig nicht die zeitlichen Ressourcen, um Gesundheits- und Nachhaltigkeitsansprüchen in der Ernährung gerecht zu werden. Somit ist auch Armut ein zentraler Faktor, wenn es um Ungleichheitsverhältnisse im Ernährungsalltag geht. Diese kann durch unzureichende finanzielle Mittel für eine gesundheitsfördernde Ernährung sowohl zu materieller Ernährungsarmut führen als auch zu sozialer Ernährungsarmut, womit insbesondere eine verminderte soziale Teilhabe durch eine Reduzierung oder Ausschluss von gemeinsamen Mahlzeiten mit anderen Menschen gemeint ist (WBAE 2023: III). Die Tatsache, dass dennoch die Verantwortung für die Ernährung und das Wissen darum, was „gute“ und nachhaltige Ernährung, ist vielfach Personen individuell zugeschrieben wird, wirkt sich besonders belastend auf Familien, die in Armut leben, aus. Anstatt Menschen dafür zu verurteilen, dass sie sich oder ihre Kinder von Fertiggerichten ernähren, sollte vielmehr danach gefragt werden, warum sie dies tun (Bücker 2022). Denn in diesen Familien mangelt es häufig sowohl an Geld für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Ernährung als auch an anderen Ressourcen, wie der Zeit und den mentalen Kapazitäten, die nötig sind, um diesem Anspruch gerecht werden zu können. So stehen bei Menschen, die in Armut leben, häufig durch die Anstrengungen derer es bedarf um mit dem täglichen Leben in Armut zurechtzukommen, weniger Kapazitäten für Fragen der Ernährung zur Verfügung (Einhorn 2021: 138 f.).

4.2 Geschlechtsspezifische Ernährung

Neben der strukturellen geschlechtsspezifischen Ungleichheit in der häuslichen Arbeitsteilung und den damit korrespondierenden Aufgaben der Ernährungsversorgung (wie Einkauf, Zubereitung der Mahlzeiten und Kochen, Geschirrrreinigung) gibt es auch geschlechtsspezifische Nahrungspräferenzen und Ernährungsmuster. Auch das, was gegessen oder nicht gegessen wird, unterscheidet sich zwischen den Geschlechtern und verdeutlicht eine kulinarische Geschlechterordnung, bei der sich einerseits die durch Männer dominierte, „starke“ Nahrung und andererseits die durch Frauen repräsentierte „schwache“ Nahrung unterscheiden lassen (Setzwein 2004). Hierzu wird im Folgenden auf den Verzehr von Fleisch und tierischer Produkte einerseits und pflanzliche Lebensmittel – in Form einer vegetarischen Ernährung – andererseits näher eingegangen.

4.2.1 Fleisch

Generell ist der Fleischverzehr in Deutschland in den letzten Jahren gesunken. Während die Menschen in Deutschland 1991 noch rund 64 Kilogramm Fleisch und tierische Produkte pro Kopf und Jahr verzehrten, sank dieser Wert im Laufe der letzten Jahrzehnte auf 57 Kilogramm im Jahr 2020, 55 Kilogramm im Jahr 2021 und im Jahr 2022 auf 52 Kilogramm pro Kopf (Brandt 2023). Deutschland liegt damit deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 66 Kilogramm pro Kopf und Jahr (Deutscher Bauernverband 2023: 212).⁸ Zudem ist belegt, dass Frauen in Deutschland weniger Fleisch verzehren als Männer. Laut der

⁸ Die größten Konsumenten sind Spanien und Portugal mit mehr als 80 Kilogramm Fleisch je Kopf und Jahr (Deutscher Bauernverband 2023: 213).

zweiten Nationalen Verzehrstudie (NVS II) (MRI 2008: XXI) verzehrten Männer im Jahr 2008 doppelt so viel Fleisch, Wurstwaren und Fleischerzeugnisse wie Frauen. Die mittlere Zufuhr von Fleisch, Wurstwaren und Fleischerzeugnissen (ohne Gerichte auf Basis von Fleisch) lag bei Männern bei 103 Gramm/Tag und bei Frauen bei 53 Gramm/Tag. Der Verzehr von Fleisch, Wurstwaren und Fleischerzeugnissen nahm bei Männern ab dem Alter von 19-24 Jahren ab. Bei den Frauen zeigte sich beim Verzehr von Fleisch, Wurstwaren und Fleischerzeugnissen nur ein leichter Rückgang ab dem Alter von 25-34 Jahren.

Die Ergebnisse der NVS II spiegeln sich der Tendenz nach – wenn auch rückläufig – im Ernährungsreport des BMEL wider. So gaben 2018 noch 28 Prozent der Befragten an, täglich Fleisch oder Wurst zu essen (siehe Abb. 1). Im Jahr 2021 waren es nur noch 25 Prozent. Unter den befragten Männern sagten 33 Prozent, täglich Fleisch oder Fleischprodukte zu essen, bei den Frauen waren es nur 18 Prozent. Im Jahr 2023 gaben 18 Prozent der Befragten an, täglich Fleisch oder Wurst zu essen. Darunter waren 28 Prozent Männer und 11 Prozent Frauen. Wenn gleich der tägliche Verzehr von Fleisch und Wurst bei Männern in den letzten Jahren rückläufig ist, so verzehren sie doch im Vergleich zu Frauen immer noch mehr als doppelt so viel Fleisch und Wurst täglich.

Wie lassen sich die Geschlechterunterschiede erklären? Spätestens mit dem Anstieg der Fleischproduktion während der Industrialisierung (Teuteberg 1986: 73) setzte sich zunehmend die Vorstellung durch, „dass es einen direkten Weg vom Fleischkonsum, über den Muskelaufbau zur männlich interpretierten Energie und Leistungsfähigkeit gibt“ (Fischer 2015: 52). Der Zusammenhang von Fleisch und Männlichkeit etablierte sich im 20. Jahrhundert als Geschlechterrollenerwartung. Fleisch gilt hierbei als Symbol von Macht, Kraft und Stärke (Fiddes 1998) und ist schon wegen dieser symbolischen Bedeutung ein Differenzmerkmal für eine unterschiedliche gesellschaftliche Stellung von Männern und Frauen (Rückert-John/John 2009). Naturwissenschaftlichen Erklärungen der geschlechtsspezifischen Unterschiede liegt die Annahme zugrunde, dass Fleisch für den männlichen Körper eine physische Notwendigkeit aufgrund eines höheren Proteinbedarfs darstelle. Offen bleibt hierbei jedoch, warum mit dem höheren Bedarf von Männern spezifische Nahrungsmittelpräferenzen verbunden sind, etwa wenn der Proteinbedarf maßgeblich durch Fleisch und nicht durch andere Proteinquellen gedeckt wird.

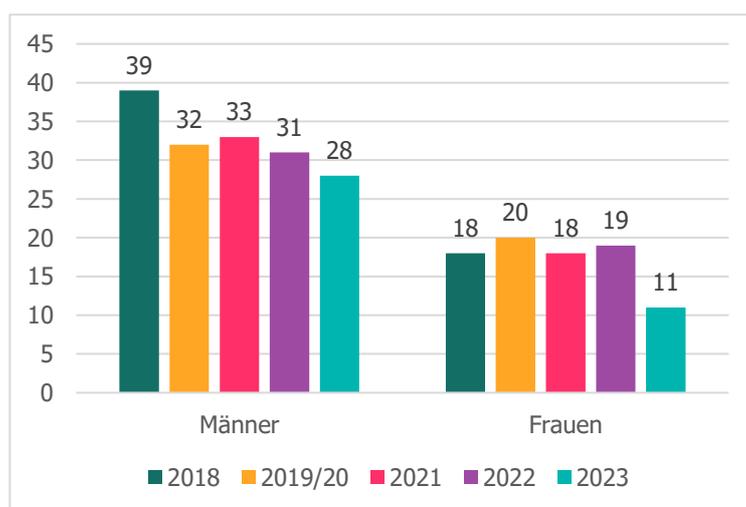


Abbildung 1: Anteil von Männern und Frauen in Deutschland, die täglich Fleisch oder Wurstwaren verzehren, Angaben in Prozent, Deutschland; Datenquelle: forsa; 2018 bis 2023; ca. 1.000 Befragte; ab 14 Jahre

Auch wenn das Augenmerk bei Fleisch vorrangig auf Männern liegt, ist auch der weibliche Fleischverzehr zu berücksichtigen. Eine Grenzziehung zwischen den Geschlechtern erfolgt entlang der Fleischsorten: Frauen bevorzugen entsprechend der Geschlechterrollenerwartungen eher leichtes, fettarmes helles Fleisch (Geflügel), Männer hingegen schweres und fetteres rotes Fleisch (Rind- oder Schweinefleisch) (Wilk 2013; Kramer 2021). Schweinefleisch gilt aufgrund des Fettgehalts auch als eher „ungesund“ und ist männlich konnotiert. Das gilt ebenso für Fast-Food (Kramer 2021: 157). Eine weibliche Distinktion gegenüber dem Männlichen ist auch hinsichtlich der Menge und des Fleischverzichts festzustellen (ebd.). Ein weiterer Aspekt geschlechtlich unterschiedlicher Ernährungsmuster ist eine „weibliche Konsumflexibilität“ (Interview mit Recarda Kramer, 11.1.2024): Vor allem beim Fleischkonsum neigen Frauen dazu, die eigentlich weniger oder ausgewählter Fleisch essen wollen, sich der Ernährungspräferenz des Mannes anzupassen, um Konflikten vorzubeugen. Anpassungen in die umgekehrte Richtung sind eher mit Protest verbunden und werden expliziter ausgetragen, während Anpassungen von Frauen wesentlich unbewusster stattfinden (ebd.).

Beim Fleischverzehr spielen neben dem Geschlecht auch andere soziodemografische Faktoren wie das Alter, das Einkommen, der Bildungsabschluss oder der Wohnort eine Rolle (u. a. Einhorn 2021). Der Fleischverzehr ist tendenziell geringer bei Personen mit höherer Bildung, ebenso bei beruflicher Selbstständigkeit und unter Studierenden ausgeprägt. Mit höherem Einkommen wird zwar nicht mehr Fleisch konsumiert, dafür ist das konsumierte Fleisch jedoch höherer Qualität. Während formale Bildung also die Wahrscheinlichkeit einer vegetarischen oder fleischreduzierten Ernährungsweise erhöht, verschiebt sich mit steigendem Einkommen die Tendenz hin zum „Flexitarismus“ (ebd.), der, wie auch der Vegetarismus, zumeist als freiwillige Ernährungsform definiert wird, die wenig, aber dafür hochwertiges Fleisch – wie biologisch oder regional erzeugtes Fleisch – beinhaltet (Rothgerber 2015). Eine flexitarische Ernährungsweise ist demnach an finanzielle Ressourcen gekoppelt, die den Kauf von hochwertigeren Fleischprodukten erst ermöglichen. Eine Reduzierung des Fleischkonsums ist häufiger unter jüngeren Menschen mit hohem Bildungsabschluss und in guter finanzieller Situation zu finden. In dieser Bevölkerungsgruppe spielen die Neugier, Neues auszuprobieren und damit verbunden das Wissen zu vielfältigen Produkten und deren Zubereitungsweisen eine wichtige Rolle. Zudem wird eine Reduzierung von Fleisch im Speiseplan von jüngeren Menschen häufig mit ethischen Argumenten begründet, während ältere Menschen eher gesundheitliche Aspekte in den Vordergrund stellen (Einhorn 2021: 129, 138).

Der Zusammenhang zwischen Fleischverzehr und sozialer Schicht ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen (z. B. Winter 2023). Hier spielen die Sozialisation und das soziale Umfeld sowie die Darstellung von Fleisch in den Medien eine entscheidende Rolle, denn diese vermitteln und reproduzieren ein bestimmtes Verhältnis von Ernährung, Körper, Geschlecht und sozialer Klasse. Lebensmittelkonsum – hier am Beispiel von Fleisch – dient dementsprechend auch zur symbolischen Abgrenzung der Klassenposition und des Geschlechts (Winter 2023: 11). Personen mit niedrigem sozialem Status sind besondere Risikogruppen für eine sogenannte ungesunde Ernährung (Fekete/Weyers 2016: 197), da sie weniger Obst und Gemüse zu sich nehmen (ebd.). In Deutschland schlägt sich bei Männern der soziale Unterschied stärker in der Ernährung nieder als bei Frauen, insbesondere auch in einem überdurchschnittlichen Konsum von Fleischprodukten (ebd.: 198).

Die Tatsache, dass beim Fleischkonsum geschlechter- und schichtspezifische Unterschiede bestehen, bedeutet, dass Bemühungen um eine Reduktion des Fleischkonsums als zentrales Element der Förderung nachhaltiger Ernährung mit zielgruppenspezifischen Hürden konfrontiert sind. Denn eine Reduktion des Fleischkonsums bedeutet derzeit eine Abweichung von der Norm, was für Menschen unterschiedlicher

Bevölkerungsgruppen und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen unterschiedlich schwer ist. Einhorn (2021: 141) betont dabei die ungleiche Verteilung von Ressourcen, derer es für eine solche Verhaltensänderung bedarf: „the capacity for behavioral changes differs between consumers. It is unevenly distributed across socioeconomic groups and hinges on the possession of material and educational resources.“ Zusätzlich zu mangelnden Ressourcen ist eine Verhaltensänderung im Lebensmittelkonsum für Menschen, die in Armut leben, dadurch erschwert, dass sie häufig mehr Wert darauf legen, sich konform mit ihrem sozialen Umfeld zu verhalten als sich davon abzusetzen, während dieses Bestreben eher in der Mittelschicht zu finden ist (ebd.: 140). Männer sind dabei besonders stark dem gesellschaftlichen Druck ausgesetzt der Norm des Fleischkonsums zu entsprechen, sodass für sie der Verzicht auf Fleisch oder tierische Lebensmittel allgemein stärker als für Frauen legitimierungsbedürftig ist und damit einen schwereren Schritt darstellt.

4.2.2 Vegetarische und vegane Ernährung

Vegetarismus bezeichnet eine fleischlose Ernährung, während Veganismus den Verzicht auf jegliche Art tierischer Erzeugnisse (also auch Milch, Eier und Honig) bedeutet⁹. Im Jahr 2015 ernährten sich 0,85 Millionen Deutsche vegan, im Jahr 2020 waren es 1,13 Millionen, im Jahr 2022 immerhin 1,58 Millionen und im Jahr 2023 1,52 Millionen Deutsche. Im Jahr 2023 ist das ein Anteil von 1,8 Prozent der deutschen Bevölkerung. Veganismus ist vor allem ein weibliches Phänomen, lediglich 20 Prozent sind Männer (Lohmeier 2024). Fünf Prozent der unter 30-Jährigen bezeichnen sich als vegan. In der Altersgruppe 30-44 Jahre ist es nur ein Prozent und in der Altersgruppe 45+ liegt die Zahl bei null Prozent (Forsa 2023).

Bei einer vegetarischen Ernährung lässt sich für Deutschland ein Wachstumstrend beobachten: Im Jahr 2015 praktizierten lediglich 5,36 Millionen Deutsche eine vegetarische Ernährung, im Jahr 2020 waren es bereits 6,5 Millionen Deutsche, im Jahr 2022 immerhin 7,9 Millionen und im Jahr 2023 8,12 Millionen Menschen. Im Jahr 2023 machte das einen Anteil von 9,61 Prozent der deutschen Bevölkerung aus. Hierbei stechen vor allem Frauen mit einem Anteil von 68,2 Prozent gegenüber Männern mit 31,8 Prozent hervor.¹⁰ Auch beim Alter gibt es deutliche Unterschiede: Vegetarismus ist vor allem ein junges Phänomen (Forsa 2023: 13, 29). Unter den 14-19-Jährigen sind 10,3 Prozent Vegetarier (im Vergleich zu 6,5 Prozent des Gesamtbevölkerungsanteils dieser Altersgruppe) und unter den 20-29-Jährigen sogar 21,4 Prozent (im Vergleich zu 13,1 Prozent des Gesamtbevölkerungsanteils dieser Altersgruppe) (Lohmeier 2024b).

Eine vegetarische und vegane Ernährung ist überwiegend weiblich repräsentiert und stellt damit die Kehrseite zur karnivoren, männlichen Ernährung dar. In der kulinarischen Taxonomie (Setzwein 2004) gelten pflanzliche Lebensmittel als ‚schwache‘ Nahrungsmittel. Geschmacksintensive und energiereiche „starke“ Lebensmittel stehen den leichten und ‚gesünderen‘ gegenüber. Diese Symbolik verdeutlicht auch ein Hierarchieverhältnis, welches die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern widerspiegelt und bestätigt (ebd.: 64 f.). Die Nahrung wird somit zu einer „Chiffre der Unterlegenheit oder Dominanz“ (ebd.: 65). Ob ein Lebensmittel „stark“ oder „schwach“ ist, entscheidet sich demnach nicht nur durch die Konsistenz und den Energiegehalt des Produktes, sondern auch durch den sozialen Status der Personen, die das Lebensmittel verzehren (ebd.).

Neben Geschlecht und Alter gibt es weitere soziodemografische Merkmale, die zur Beschreibung einer vegetarischen Ernährung herangezogen werden können. So ist eine vegetarische Ernährungsweise eher in Städten ausgeprägt als in ländlichen Gebieten und unter Frauen, die in städtischen Lagen in

⁹ Die statistischen Angaben basieren auf Selbstzuschreibungen der Befragten.

¹⁰ Bei Männern ist der Bevölkerungsanteil mit 49,3 Prozent etwas geringer gegenüber Frauen (50,7 Prozent).

Einpersonenhaushalten leben. Hier ist die Quote der Vegetarierinnen am höchsten (Einhorn 2021: 128). Ernährungsweisen mit weniger oder keinem Fleisch sind außerdem häufiger in höheren gesellschaftlichen Schichten zu finden, wobei Bildung und berufliche Tätigkeit dabei entscheidender sind als das Einkommen. So sinkt statistisch gesehen der Fleischkonsum mit höherem Bildungsabschluss, insbesondere bei akademischer Bildung (ebd.: 129).

4.2.3 Nachhaltige Ernährung

Da die bisher diskutierten vergeschlechtlichten Lebensmittel, vor allem Fleisch und eine vegetabile Kost, eine zentrale Rolle für eine nachhaltige Ernährung spielen, sind die geschlechtsspezifischen Ernährungsmuster auch in Bezug auf nachhaltigen Konsum von Bedeutung. Frauen konsumieren häufiger nachhaltige Lebensmittel, die tendenziell umwelt- und klimafreundlicher sind, als Männer (z. B. Forsa 2023; Kramer 2021). Sie legen beim Lebensmitteleinkauf besonderen Wert auf Tierwohl, Nachhaltigkeit und fairen Handel (Forsa 2023: 16). Auch die Regionalität der Lebensmittel ist Frauen wichtiger als Männern (ebd.: 20). Zudem achten Frauen häufiger als Männer auf Siegel zu Regionalität, Tierwohl, Bio, nachhaltige Fischerei und Fairtrade. Beispielsweise achten 65 Prozent der Frauen immer oder meistens beim Einkauf von Lebensmitteln auf Biosiegel, unter den Männern sind es 53 Prozent (ebd.: 51). Auch die Inhaltsstoffe und andere Angaben zu den Lebensmitteln (z. B. über die Produktion oder Gentechnik) sowie alle umweltbezogenen Angaben zu den Produkten sind Frauen wichtiger als Männern (ebd.: 56 ff.). So sind 91 Prozent der Frauen und 80 Prozent der Männer Angaben darüber, ob ein Produkt zu fairen Bedingungen produziert wurde, wichtig oder sehr wichtig. Klare Hinweise darauf, ob ein Lebensmittel gentechnikfrei ist oder nicht, sind 75 Prozent der Frauen und 66 Prozent der Männer wichtig oder sehr wichtig (ebd.: 58).

Die Feststellung, dass Frauen stärker als Männer beim Konsum von Lebensmitteln auf Nachhaltigkeitsaspekte achten, verwundert nicht angesichts der bereits beschriebenen Tatsache, dass die Ernährungsverantwortung überwiegend bei Frauen liegt und im Zusammenhang damit auch eine stärkere Ernährungskompetenz von ihnen erwartet wird. Tatsächlich tragen Frauen, die einen Großteil der Care- und Sorgearbeit übernehmen, damit häufig neben sozialer auch zu ökologischer Sorge bei (Bückner/ Çağlar 2022). Unter der Perspektive einer nachhaltigen Ernährung lassen sich auch Ansprüche einer gesundheitsförderlichen Ernährung verstehen. Frauen legen tendenziell einen stärkeren Fokus darauf, dass ihre Ernährung gesundheitliche Ansprüche erfüllt. So postuliert der Ernährungsreport 2016 „Frauen ernähren sich viel gesünder!“ (BMEL 2016: 6). Empirisch wird die Aussage damit belegt, dass von 85 Prozent der Frauen, aber von nur 66 Prozent der Männer täglich Obst und Gemüse gegessen werden. Der Anteil der Männer, die täglich Softdrinks trinken (16 Prozent), liegt auch um zehn Prozentpunkte höher als der von Frauen (6 Prozent). 42 Prozent der Männer (Frauen 33 Prozent) naschen zudem gern vor dem Fernseher; 37 Prozent bereiten sich gerne eine schnelle Tiefkühlpizza zu (Frauen 27 Prozent).

Das Ernährungsverhalten von Frauen weist statistisch damit eine größere Nähe zu den gesellschaftlich propagierten Ernährungsidealen auf. Im Muster moralischer Kommunikation erfährt das männliche Ernährungsverhalten damit eine Abwertung, das weibliche hingegen eine Aufwertung, an dem es sich zu orientieren gilt. Dabei darf jedoch nicht verkannt werden, dass die viel zitierte Gesundheitsorientierung von Frauen im Zusammenhang mit einer weiblichen Attraktivitätsorientierung steht (Setzwein 2004; Büning-Fesel/Rückert-John 2016; Kramer 2021). Weiblicher Verzicht und männliche Lust korrespondieren auch mit leistungsbezogenen Geschlechterattributen männlicher Fähigkeit und weiblicher Anstrengung (Weinbach 2004). So ist der weibliche Verzicht beim Essen ein typisch weiblicher Aspekt, auf den junge Mädchen schon früh im Sozialisationsprozess konditioniert werden. Diese Normen und Ideale werden

auch in den Medien transportiert. In Frauenzeitschriften wird Fleisch zumeist je nach Fett-, Kalorien- und Eiweißgehalt als gesund oder ungesund eingeordnet. So gelten vor allem Geflügelfleisch als weiblich konnotiertes Fleisch und auch die Wichtigkeit Fleisch nur in geringen Mengen zu verzehren wird dabei immer wieder betont (Kramer 2021: 158 f.; Wilk 2013).

4.3 Geschlechterspezifische Auswirkungen einer Umstellung auf nachhaltigere Ernährung

Mit der vor allem politisch angestrebten Transformation hin zu nachhaltigeren Ernährungspraktiken (WBAE 2020) stellt sich nun die Frage, welche Implikationen hiermit für die ernährungsrelevante Care- und Versorgungsarbeit in Privathaushalten und für die Geschlechterungleichheit verbunden sind. Anforderungen an die Ernährung, die mit einer Umstellung auf nachhaltige Ernährung einhergehen, sind neben ausreichenden finanziellen Mitteln und nötige Kompetenzen mit einem zeitlichen Mehraufwand verbunden (Rückert-John et al. 2020c: 97). Dies beinhaltet beispielsweise die Zeit, die investiert werden muss, um herauszufinden, wo entsprechende Lebensmittel gekauft werden können, um sich Wissen darüber anzueignen, wie bestimmte Lebensmittel zubereitet werden, und um oft längere Vorbereitungs- und Kochzeiten bei der Verarbeitung frischer Lebensmittel im Alltag zu integrieren. Da die Verantwortung für die Ernährungsarbeit und somit auch die steigenden Erwartungen daran, die mit einer Umstellung auf eine nachhaltigere Ernährung einhergehen, zum Großteil bei Frauen liegen, ist dies mit einem zeitlichen Mehraufwand für Frauen und einer steigenden mentalen Zusatzbelastung verbunden. So sind Frauen – insbesondere Mütter – häufig ohnehin schon der Doppelbelastung ausgesetzt, neben der Erwerbsarbeit auch der familiären Ernährungsversorgung als Hauptverantwortliche gerecht zu werden. Dieser Druck wird also durch die steigenden Anforderungen, die an die Ernährung unter Maßgabe einer nachhaltigeren Ernährung gestellt werden, verstärkt. So ist der Anteil der Mütter, die Essen frisch zubereiten, da ihnen gesundes und frisches Essen wichtig ist, innerhalb von zehn Jahren um 33 Prozent gestiegen. Dieser Erwartungsdruck trifft ebenfalls für Frauen mit Kindern zu, die versuchen, unter der Woche möglichst wenig Zeit zum Kochen aufzuwenden. Auch wenn hier der Anteil über die letzten zehn Jahre hinweg weniger stark gestiegen (18 Prozent) ist, lag er doch im Jahr 2019 bei zwei Drittel der Mütter (Nestlé 2019).

Deutlich wird hierbei, dass die Verantwortung für eine nachhaltigere Ernährung den Privathaushalten und hierbei vor allem Frauen zugeschrieben wird. „Umweltaspekte in privatem Lebensstil und Konsum zu berücksichtigen, gilt in Öffentlichkeit und Massenmedien als Schlüssel zur Lösung der Umweltprobleme“ (Grunwald 2018: 422). Diese Art von Responsibilisierung (Henkel et al. 2018) lässt sich auch als eine Herrschaftstechnik verstehen, in der originäre Aufgaben politischer Akteure an Privathaushalte und Konsument*innen überantwortet werden (Drews 2018: 234). Sie werden für die Lösung der multiplen Krise in Verantwortung gezogen, die ursprünglich auf bestehende Verhältnisse von Macht und Herrschaft zurückzuführen ist (Graefe 2019) und politischer Regulation bedürfen. Dabei liegt der Fokus zumeist auf der Veränderung individueller Ernährungsweisen. Den Verbraucher*innen werden zumeist Freiheit der Wahl und Gestaltungsspielräume unterstellt, ohne entsprechende Handlungsrationitäten zu berücksichtigen (Rückert-John/Jaeger-Erben 2018: 298). Dabei gerät nachhaltigeres Verhalten häufig in Konflikt mit der generellen Alltagsbewältigung oder Routinen, die bei ernährungsrelevanten Praktiken eine wichtige Rolle spielen. Bisher sind die aus der Verantwortungszuschreibung resultierenden individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen kaum betrachtet worden (Weller 2019: 878).

Wenn zwar die Anforderungen steigen, aber nicht in gleicher Weise auch die finanzielle und soziale Anerkennung der unbezahlten Sorge- und Ernährungsarbeit, verstärken sich Geschlechterungerechtigkeit

eher, als dass sie reduziert werden. Dementsprechend spielt eine stärkere gesellschaftliche Wahrnehmung der Zeitungerechtigkeit eine wichtige Rolle, um zu verhindern, dass eine Umstellung auf nachhaltigen Konsum sich negativ auf die Geschlechtergerechtigkeit auswirkt. Eine gerechtere Zeitkultur und Arbeitsteilung sowie eine gesellschaftliche Anerkennung der unbezahlten Care-Arbeit (Meier-Gräwe 2020; BMFSFJ 2018) sind wichtige Voraussetzung dafür, dass Nachhaltigkeitsanforderungen nicht im besonderen Maße auf Frauen lasten.

Nachhaltigere Ernährungspraktiken korrespondieren auch auf der symbolischen Ebene bestimmter Nahrungsmittel mit entsprechenden Geschlechterrollenstereotypen. Am Beispiel von Gesundheits- und Ernährungsdiskursen zu Fleischalternativen zeigt Winter (2022: 39), dass traditionelle, hegemoniale Männlichkeitskonstruktionen reproduziert und lediglich partiell umgedeutet werden. Die Inszenierung von Fleisch und Fleischalternativen als Proteinquellen verdeutlichen, dass das ideale Bild von Männlichkeit an einen starken und muskulösen Körper gebunden ist. Die Fokussierung auf den kräftigen und starken Körper erbringt den Nachweis über die ‚echte‘ Männlichkeit und stellt so die Differenz zu und Dominanz über Weiblichkeit als „starkes Geschlecht“ sicher. Damit wird aber „weniger die Verbindung von Fleisch und Männlichkeit als vielmehr die weibliche Konnotation pflanzlicher Lebensmittel aufgebrochen, die durch die Inszenierung als ‚Proteinquellen‘ eine männliche Konnotation bekommen“ (ebd.). Fleischalternativen profitieren davon, da sie damit in der kulinarischen Taxonomie aufgewertet werden. Die Debatten um Fleischalternativen zeigen auch, dass Ernährungswissen nicht mehr nur in einem Spezialdiskurs verhaftet ist, sondern sich veralltäglicht und gegenüber kulinarischen und ökologischen Wissensbeständen sogar in den Vordergrund rückt (ebd.). Die Wahl der Proteinquelle wird „zu einer Kampfarena um die richtige Verkörperung von Männlichkeit [...]. Gegen einen zu hohen Fleischkonsum, der auch mit Gesundheitsrisiken verbunden ist, wird eine Männlichkeit ins Feld geführt, die bewusste Entscheidungen über die eigene Ernährung trifft und Fleisch reduziert“ (ebd.). Ökologische Wissensbestände geraten in den Hintergrund, „weil sie erstens unter ‚Ideologieverdacht‘ stehen und zweitens keine Kompatibilität mit hegemonialen Männlichkeitskonstruktionen aufweisen können“ (ebd.).

Eine politisch propagierte Transformation bestehender Ernährungspraktiken unter Maßgabe einer nachhaltigeren Ernährung muss Auswirkungen auf struktureller und symbolischer Ebene von Geschlechterungleichheit mitberücksichtigen, um nicht Gefahr zu laufen, bestehende Geschlechterungerechtigkeiten zu reproduzieren oder gar zu verstärken. Eine am normativen Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte Ernährungsweise muss deshalb auch den Anspruch erfüllen, geschlechtergerecht zu sein.

5 Ansätze einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Ernährung

Wird eine nachhaltige Ernährung als eine Ernährung verstanden, die nicht nur umweltverträglich, gesundheitsfördernd und ethisch verantwortlich, sondern auch alltagsadäquat gestaltet ist und soziokulturelle Vielfalt ermöglicht (Eberle/Hayn 2007), dann ist ein geschlechtergerechter Anspruch inhärent. Alltagsadäquanz bedeutet unter dieser Maßgabe die Vereinbarkeit mit alltäglichen Routinen und die gleichberechtigte Umsetzbarkeit einer nachhaltigen Ernährung im Alltag durch beide Geschlechter. Zudem soll es auch unterschiedlichen sozialen Milieus und Personen in diversen Lebenslagen oder -phasen möglich sein, sich nachhaltig zu ernähren. Konzeptionell sollte eine nachhaltige Ernährung

deshalb auch immer eine geschlechtergerechte Ernährung sein, will sie den Anspruch erheben, zukunftsfähig zu sein.

5.1 Gemeinschaftsverpflegung und die Vergesellschaftung einer nachhaltigen Ernährung

Ein großes Potenzial für eine nachhaltige Ernährung hat die Gemeinschaftsverpflegung (WBAE 2020; Bundesregierung 2024; Deutscher Bundestag 2024). Die Gemeinschaftsverpflegung und die Individualverpflegung bilden die Außer-Haus-Verpflegung, die sich zur Ernährung in den Privathaushalten unterscheidet. Die Verpflegung in sogenannten Großhaushalten differenziert sich weiterhin in die Bereiche Business (z. B. Betriebsverpflegung), Care (z. B. Krankenhäuser), Education (wie z. B. Kita- und Schulverpflegung und Hochschulmensen), Welfare (z. B. Einrichtungen der Behindertenhilfe, stationäre Senioreneinrichtungen) und weitere (z. B. Jugendherbergen, Justizvollzugsanstalten) (Pfefferle et al. 2021). Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung (GV) übernehmen einen bedeutenden Anteil der Verpflegung der Bevölkerung in Deutschland: Schätzungen zufolge nehmen täglich mehr als 16 Millionen Tischgäste Mahlzeiten in der Gemeinschaftsverpflegung ein (ebd.). Die Funktion der Außer-Haus-Verpflegung besteht nicht nur in einer reinen Verköstigung der Gäste, sondern seit geraumer Zeit auch in Angeboten einer gesunden und umweltverträglichen Ernährung bis hin zu einer ernährungssozialisatorischen Sensibilisierung. Gerade der Gemeinschaftsverpflegung wird hierbei ein hohes Potenzial und eine ernährungspolitische Entscheidungskraft zugesprochen. Denn die Großverbraucher erreichen mit dem von ihnen bestimmten Essensangebot eine große Zahl an Gästen. Hintergrund des Trends zur Außer-Haus-Verpflegung ist neben dem demografischen Wandel und den Veränderungen in der Erwerbstätigkeit unter anderem von Frauen nicht zuletzt die Differenzierung von Lebens- und Familienformen, die auch die spezifisch familiäre Sozialisation verändern (Rückert-John 2020; Rückert-John et al. 2011). Der verschiedentlich konstatierte Verlust kulinarischer Kompetenz (z. B. Dollase 2006) und die sichtbaren Formen der Fehlernährung (wie Übergewicht und Adipositas) sind Indizien dafür, dass die Familie als primärer Ort kulinarischer Sozialisation als prekär wahrgenommen wird. Entgegen dieser Entwicklung lassen sich in der Gemeinschaftsverpflegung Ansätze finden, diese Leerstelle auszufüllen und den Verlust zu kompensieren. So verpflegen Köche heute nicht mehr nur ihr Publikum, sondern formulieren zunehmend pädagogische Ansprüche. Damit zeichnet sich eine Tendenz zur zunehmenden Vergesellschaftung nicht nur des Essens und Trinkens, sondern auch der Ernährungssozialisation ab, wenn die kulinarische Kompetenzvermittlung zum Programm der Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung wird (Rückert-John 2020) und damit eine Anspruchsexpansion der Gemeinschaftsverpflegung betrieben wird (Rückert-John/John 2011: 175 ff.).

Gesellschaftliche Krisen, wie die Corona-Pandemie, hatten der Gemeinschaftsverpflegung und ihrem Potenzial Rückschläge verpasst, von dem sich die Einrichtungen teilweise bis heute (noch) nicht wieder erholt haben. In Corona-Zeiten dominierte vor allem die physische Funktion des Essens, die soziale wurde zwangsläufig suspendiert und wurde wieder auf den Privathaushalt verwiesen. Mit der Zurückdrängung der Ernährung ins Private gehen nicht zuletzt auch die Möglichkeiten ernährungspolitischer Interventionen für eine nachhaltige Ernährung verloren. Für die Ernährung in Privat- und Familienhaushalten bedeutete das vor allem eine zunehmende weibliche Doppelbelastung, besteht doch gerade in der Gemeinschaftsverpflegung das Potenzial der Entlastung (Rückert-John 2020). Die außerhäusliche Verpflegung in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung kann mit ihren Potenzialen für eine Vergesellschaftung der Ernährung wesentlich zu einer stärkeren Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Ebenso wurde gerade in Corona-Zeiten erkannt, dass die Kita- und Schulverpflegung, aber auch andere karitative Einrichtungen die Chance bieten, Privathaushalte in prekären und benachteiligten

Lebenslagen ein gesundes und nachhaltiges Mittagessen zu bieten (WBAE 2023). Hier setzt auch die mehrfach unterbreitete Empfehlung an, zukünftig die Kita- und Schulverpflegung beitragsfrei anzubieten (WBAE 2020; WBAE 2023; Bundesregierung 2024; Deutscher Bundestag 2024). Die Gemeinschaftsverpflegung wird damit zu einer fairen Ernährungsumgebung, auch im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit.

5.2 Rückläufiger Fleischkonsum und Aufwertung pflanzlicher Alternativen

Der mittlerweile zu beobachtende Trend eines rückläufigen Fleischkonsums in Deutschland ist aus Perspektive einer nachhaltigen Ernährung positiv zu beurteilen. So hielt sich der Fleischverzehr in den letzten Jahrzehnten relativ konstant um die 60 Kilogramm pro Kopf pro Jahr und stagnierte damit auf hohem Niveau.¹¹ Im Jahr 2019 sank dann der Fleischverzehr auf 58,1 Kilogramm und lag im Jahr 2022 nur noch bei 52 Kilogramm pro Kopf. Zwischen 2018 und 2023 ist auch der Anteil der Haushalte, in denen bewusst versucht wurde, den Fleischkonsum zu reduzieren, von 37 Prozent auf mehr als 47,5 Prozent gestiegen (REWE Group und Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. 2023). Dieser Trend betrifft – wenn auch von einem unterschiedlichem Ausgangsniveau beginnend – Frauen als auch Männer (siehe Kap. 4.2.1). Mit rückläufigem Fleischkonsum – gerade auch bei Männern – ist anzunehmen, dass Fleisch als männliches Nahrungsmittel damit auch seine Symbolkraft von Kraft, Macht und Stärke verliert. Zugleich stellt sich die Frage nach funktional äquivalenten Nahrungsmitteln oder Ernährungspraktiken (wie z. B. alternative Proteinquellen, Winter 2023).

Neben Fleischreduktion oder -verzicht gewinnt im politischen und wissenschaftlichen Diskurs einer nachhaltigeren Ernährung eine pflanzenbetonte Ernährung an Bedeutung. In Orientierung an der Planetary Health Diet der EAT-Lancet-Kommission (Willett et al. 2019) steht hierbei der Konsum vor allem von mehr Obst und Gemüse, aber auch Hülsenfrüchten als alternative Proteinquellen im Fokus. Vor allem für vegetarische (aktuell: 10 Prozent) und flexitarische Ernährungsformen, aber auch für vegane (2002: 2 Prozent) lassen sich Trends beobachten. Seit 2015 steigt die Zahl der Veganer*innen und Vegetarier*innen in Deutschland kontinuierlich an. Das betrifft Frauen und Männer, wenn auch von einem unterschiedlichem Ausgangsniveau (vgl. Kap. 4.2.2). Nur 2016 und 2019 sank die Zahl beider Gruppen leicht ab. 2021 war der bisher größte Zuwachs mit 15 Prozent Vegetarier*innen und 25 Prozent Veganer*innen zu verzeichnen. Besonders Flexitarier treiben den Trend des Fleischverzichts und damit einer stärker pflanzenbetonten Ernährung voran (Maibaum 2024). 46 Prozent der Deutschen bezeichneten sich im Jahr 2023 als Flexitarier*innen. Es gaben 56 Prozent der Frauen und 36 Prozent der Männer an, sich flexitarisch zu ernähren, also nur gelegentlich Fleisch zu essen, überwiegend aber bewusst darauf zu verzichten (Forsa 2023: 28 f.). Fast die Hälfte aller Konsument*innen (47 Prozent) greift regelmäßig zu Hülsenfrüchten wie Erbsen, Bohnen, Linsen oder Soja (BMEL-Ernährungsreport 2022).

Auch Fleischalternativen beziehungsweise fleischanaloge Produkte gewinnen im Kontext einer nachhaltigeren Ernährung an Bedeutung. Der Markt der fleischanalogen Produkte ist zwischen 2018 und 2021 sowohl im Hinblick auf Käuferreichweite als auch auf die Ausgaben und die konsumierte Menge stark gewachsen. Seit 2023 sind jedoch sowohl die konsumierte Menge je Käuferhaushalt als auch der Ausgabenanteil rückläufig (REWE Group und Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. 2023). Ursachen hierfür werden vor allem darin gesehen, dass es um eine „technisch-funktionale Nische“ handele und fleischanaloge Produkte das „Flair veganer Ersatzprodukte“ anhaftet (ebd.: 71). Zukünftig

¹¹ Im Jahr 1991 waren es 63,4 Kilogramm, im Jahr 2000 immerhin 61,5 Kilogramm, im Jahr 2010 wieder leicht steigend bei 62,4 Kilogramm und im Jahr 2018 nur noch 61,1 Kilogramm.

müsse es stärker darauf ankommen, die Genussaspekte zu betonen und „den Spaß und die Freude des Konsums als ‚Partner‘ der Verantwortung stärker herauszustellen“ (ebd.).

Als alternative Proteinquellen mit Nachhaltigkeitspotenzial werden auch Invitro-Fleisch und essbare Insekten diskutiert. Hierbei gibt es jedoch deutliche Geschlechterunterschiede. Männer sind offener für Laborfleisch und essbare Insekten als Frauen (Ahrens 2024). Rund 20 Prozent der männlichen Befragten in Deutschland könnten sich vorstellen, Fleisch aus dem Labor zu essen. Bei den Frauen lag der Anteil nur bei zehn Prozent. Auch bei essbaren Insekten lag die Konsumbereitschaft noch bei 13 Prozent. Dabei zeigt sich – ähnlich wie beim Laborfleisch –, dass die Akzeptanz für den Konsum essbarer Insekten mit steigendem Alter sinkt. Während etwa 18 Prozent der 18- bis 24-Jährigen sich vorstellen können, Insekten zu konsumieren, betrug der Anteil bei den 55-Jährigen und Älteren nur noch zehn Prozent.

5.3 Zunehmende Reflexivität und Wandel der Ernährungspraktiken

Sowohl Fleischreduktion und -verzicht als auch der Griff zu stärker pflanzenbasierten Alternativen verdeutlichen einen Wandel der Ernährungspraktiken beider Geschlechter, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und von unterschiedlichen Ausgangsniveaus. Die Trends werden eher von jüngeren als von älteren Konsument*innen getragen. Hiermit verbunden ist auch eine zunehmende Reflexivität im Ess- und Ernährungsverhalten über die Bedingungen der Lebensmittelproduktion, gesundheitliche Folgen und planetare Belastungen (BMEL-Ernährungsreport 2022). Damit verändern sich auch Semantiken, das heißt Sinnzuschreibungen von Lebensmitteln und geschlechtsspezifische Symboliken innerhalb der kulinarischen Taxonomie (Setzwein 2004) sowie identitäre Selbstbeschreibungen.

6 Rechtliche und politische Anreize und Maßnahmen für eine nachhaltigere Ernährung

Um eine nachhaltigere und zugleich geschlechtergerechte Ernährung zu fördern, stellt sich im Folgenden die Frage, wie diese durch rechtliche und politische Anreize und Maßnahmen unterstützt und gefördert werden kann. Hierbei gilt es, die Besonderheiten des Bedürfnisfeldes Ernährung zu berücksichtigen (SRU 2023: 108): Ernährung, mit ihren eigensinnigen und gewohnheitsmäßigen Abläufen, ist im Alltag verankert und Bestandteil des Lebensstils. Essen und Trinken sind damit Ausdruck von Selbstbestimmung und Privatheit. Hier stellt sich die Frage, inwieweit staatliche Eingriffe als legitim erachtet und gerechtfertigt werden können. Der WBAE (2020) argumentiert vor allem mit dem Schadensprinzip.¹² Hiernach darf der liberale Staat dann in die Freiheit von Individuen eingreifen, wenn dieses Eingreifen dazu dient, Dritte vor Schaden zu bewahren (ebd.: 356). Ein Beispiel hierfür ist das Rauchverbot in öffentlichen Räumen aus Gründen des Nichtraucherschutzes. Wenn der Staat also mit dem Ziel, nachhaltigere Ernährung zu fördern, in die Freiheit der Einzelnen eingreift, dann tut er dies, um die Möglichkeiten heutiger und zukünftiger Menschen zu verbessern, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und sie vor Schaden zu bewahren (ebd.). Das Schadensprinzip begrenzt somit das Neutralitätsprinzip. Damit sind Grundrechte berührt, für deren Eingriffe es immer einer Rechtfertigung verlangt und die aus Sicht des

¹² Im Unterschied hierzu beruft sich der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (2021) auf den Grundsatz des liberalen Neutralitätsprinzips, nach dem der Staat seinen Mitgliedern nicht eine bestimmte Auffassung davon, was ein gutes Leben sei, vorgeben darf, sondern sich verschiedenen Vorstellungen des Guten gegenüber neutral zu verhalten habe.

Rechts dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen müssen, was z. B. beim Gesundheitsschutz gegeben ist.

Um eine nachhaltigere und geschlechtergerechte Ernährung zu fördern und zu unterstützen, braucht es einen breiten und abgestimmten Instrumentenmix (WBAE 2020). Im Rahmen der hiermit verbundenen Neuausrichtung der Ernährungspolitik geht es um eine Stärkung des Ordnungsrechts anstelle von Freiwilligkeit, sowie verstärkte ökonomische Anreize und verlässlichere Informationen, um die Wahlmöglichkeiten für Verbraucher*innen zu erhöhen. Umfassende nachfrageseitige Instrumente – wie entscheidungsunterstützende (z. B. Ernährungsbildung und -information), entscheidungslenkende (z. B. Nudging, Subventionen und Steuern) und entscheidungsbeschränkende Instrumente (z. B. Produktreformulierung und Produktverbote) – sollen eingeführt werden, um eine bessere Verknüpfung nachfrage- und angebotsseitiger Instrumente zu erreichen. Im Folgenden werden Ziele und Maßnahmen vorgestellt, die eine nachhaltigere und zugleich geschlechtergerechte Ernährung unterstützen und fördern.

6.1 Gemeinschaftsverpflegung als faire Ernährungsumgebungen stärken

Um eine nachhaltigere und geschlechtergerechte Ernährung zu fördern, sollten entsprechende Ernährungsangebote der Gemeinschaftsverpflegung ausgebaut und gestärkt werden. Hiermit geht eine Entlastung der Privathaushalt und damit der weiblichen Verantwortung und Zuständigkeit einher. Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, wie Kitas, Schulen, Betriebe, Kliniken sowie Senioreneinrichtungen können eine Schlüsselrolle dabei spielen, Menschen in Deutschland eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu ermöglichen (Bundesregierung 2024: 19; Deutscher Bundestag 2024). Die Gemeinschaftsverpflegung stellt damit – im Sinne des WBAE (2020) – eine faire Ernährungsumgebung auch aus Geschlechterperspektive dar.

In den aktuellen politischen Vorschlägen zur Stärkung der Gemeinschaftsverpflegung kommt vor allem der Kita- und Schulverpflegung ein besonderer Stellenwert zu. Das kommt auch der Geschlechtergerechtigkeit zugute. So schlagen der WBAE (2020) und der Bürgerrat Ernährung (Deutscher Bundestag 2024: 24) die schrittweise Einführung einer beitragsfreien Kita- und Schulverpflegung vor, um allen Teilnehmer*innen in gleichberechtigter Weise einen Zugang zu gemeinsamen Mahlzeiten zu gewährleisten. Um das in der Gemeinschaftsverpflegung angebotene Essen in ökologischer und gesundheitlicher Hinsicht nachhaltiger zu machen, nennt das SRU-Gutachten die Empfehlung die Speisepläne stärker an den Leitlinien und Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) auszurichten. Laut Ernährungsstrategie der Bundesregierung sollen die DGE-Standards in Schulen und Kitas verbindlich gemacht werden (Bundesregierung 2024). In der Kombination – kostenfrei zugängliches und zugleich ökologisch und gesundheitlich nachhaltiges Schul- und Kitaessen – wäre dies sowohl für die primäre Zielgruppe der Kinder/Schüler*innen als auch für die dadurch entlasteten Eltern ein Schritt Richtung nachhaltigerer Ernährung und mehr Geschlechtergerechtigkeit. Renata Motta bestätigt im Interview, dass in Familien, für die die Kosten für das Schulessen der Kinder eine spürbare finanzielle Belastung darstellen, häufig Mütter die Kinder vor dem Essen abholen und zu Hause für sie kochen. Sie betont daher: *„Vollzeitliche Kinderbetreuung mit gutem, kostenlosem Essen ist eine Entlastung für die Frauen.“* (Interview mit Renata Motta, 25.1.2024)

Der SRU (2023) und Empfehlungen des Bürger*innen-Dialogs (UBA 2023) legen die Förderung des Angebots pflanzenbasierter Mahlzeiten in der Gemeinschaftsverpflegung nahe. So sollen in Kindertagesstätten und Schulen grundsätzlich vegetarisches Essen angeboten werden und einmal

wöchentlich eine Wahlmöglichkeit für Fleisch und Fischkomponenten bestehen, entsprechend den DGE-Qualitätsstandards. Damit sollen Entscheidungskontexte geschaffen werden, die vegetarische Optionen erleichtern (SRU 2023). Die Umstellung auf eine pflanzenbasierte Ernährung sollte nicht mit sozialen Benachteiligungen für sozial schwache Privathaushalte und prekäre Lebenslagen verbunden sein. Hierfür sollten finanzielle Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden (WBAE 2020; UBA 2023). Die bundesweite Einführung der kostenfreien Teilnahme an Schul- und Kitaessen würde dies gewährleisten.

Zudem sollten für den Fall von Pandemien künftig Notfallpläne für Kita- und Schulschließungen entwickelt werden, die eine Notbetreuung für von Ernährungsarmut gefährdete Kinder und eine warme Mahlzeit am Tag zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang sollten auch Optionen für die Bereitstellung von warmen Mahlzeiten oder Lebensmittelpaketen geprüft werden, was auch bedeutet, die Resilienz der Catering-Unternehmen zu stärken, auch für den Fall unvermeidlicher Schließungen (WBAE 2023).

6.2 Nachhaltige Ernährung für alle ermöglichen, Ernährungsarmut verringern

Um den Zugang zu einer nachhaltigeren und geschlechtergerechten Ernährung für alle zu ermöglichen, ist es erklärtes Ziel, die Ernährungsarmut zu verringern (WBAE 2020; WBAE 2023; Bundesregierung 2024). Aus der Perspektive von Geschlechtergerechtigkeit werden hiermit vor allem einkommensschwache Haushalte und alleinerziehende Mütter mit Kindern und Jugendlichen entlastet. Dadurch, dass Frauen stärker von Armut betroffen sind als Männer und zugleich überwiegend die Verantwortung für Ernährung übernehmen (siehe Kap. 4.1), können armutsreduzierende Maßnahmen zugleich einen positiven Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit und auch zu nachhaltiger Ernährung leisten. So betont beispielsweise Renata Motta im Interview Armutsreduzierung als einen zentralen gleichstellungspolitischen und ernährungspolitischen Ansatz (Interview mit Renata Motta, 25.1.2024).

Um dieses Ziel zu erreichen, werden bestimmte Maßnahmen vorgeschlagen, allen voran die schrittweise Einführung einer qualitativ hochwertigen und beitragsfreien Kita- und Schulverpflegung (WBAE 2020; Deutscher Bundestag 2024: 24). Darüber hinaus geht es darum, Finanz- und Datenbanksysteme für finanzielle Transfers an armutsgefährdete Haushalte zu entwickeln, die ohne Antragstellung eingesetzt werden können. Eine weitere Maßnahme zielt darauf, Ernährung im Bürgergeld adäquat zu berücksichtigen (WBAE 2023).

In seinem Gutachten „Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen“ (WBAE 2023) schlägt der WBAE nicht nur entsprechende Maßnahmen für Kita und Schule vor, sondern auch für andere karitative Einrichtungen. So sollen in Krisenzeiten die Schließungen von karitativen Essensangeboten vermieden und staatliche Unterstützungsmöglichkeiten für karitative Essensangebote generell angeboten werden. Zudem sollen durch staatliche Maßnahmen Hindernisse für Lebensmittelspenden abgebaut und der Dialog zwischen Akteuren zu karitativen Essensangeboten gestärkt werden (WBAE 2023).

6.3 Anreize für die Reduktion von Fleisch und Subventionen auf nachhaltige Produkte

Unter Maßgabe einer nachhaltigeren und geschlechtergerechten Ernährung ist ein weiterer Ansatz, die Reduktion des Konsums tierischer Produkte durch die Gestaltung entsprechender Ernährungsumgebungen zu fördern. Das betrifft einerseits entsprechende Angebote und Maßnahmen in der Gemeinschaftsverpflegung (siehe Kap. 6.1), andererseits die Gestaltung der Konsumlandschaft, mit der pflanzliche Alternativen zu tierischen Lebensmitteln gestärkt werden, die vor allem für Privathaushalte von Belang sind.

In der politischen Debatte wird diskutiert, Preisanreize für die Reduktion weniger nachhaltiger Produkte zu setzen, d. h. den Mehrwertsteuersatz von Fleisch und anderen tierischen Produkten von sieben Prozent auf 19 Prozent anzuheben (WBAE 2020; SRU 2023; UBA 2023). Mit Hilfe von entscheidungslenkenden Politikinstrumenten (hier Steuern) können so mögliche Anreize für eine nachhaltigere Ernährung auch von Männern geschaffen werden. Aktuell werden in diesem Zusammenhang unter anderem auch eine Fleisch-Abgabe oder ein Tierwohl-Cent diskutiert. Da ein erhöhter Steuersatz auf Fleisch andere soziale Schief lagen verstärken kann, sollten hiermit unbedingt Ausgleichsmaßnahmen einhergehen, die Haushalte mit geringem Einkommen entlasten (SRU 2023; WBAE 2020). Hierzu wurde eine Nachhaltigkeitsprämie für einkommensschwache Haushalte vorgeschlagen (WBAE 2020). Um die Reduktion von Fleisch und anderen tierischen Produkten zu fördern, schlägt der SRU (2023) des Weiteren vor, die Werbung für Fleisch einzuschränken.

Zudem werden Preisanreize in Form von Subventionen auf nachhaltigere Produkte diskutiert. Eine Variante ist, die Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte sowie gegebenenfalls weitere pflanzliche Grundnahrungsmittel vollständig aufzuheben oder von derzeit sieben Prozent auf fünf Prozent abzusenken (SRU 2023; WBAE 2020; WBAE 2023; UBA 2023). Dieser Vorschlag wurde im vergangenen Jahr vor allem im Kontext der hohen Inflation auch wiederholt von Landwirtschaftsminister Özdemir eingebracht.

Maßnahmen, die durch Mehrwertsteueranpassungen beziehungsweise Subventionen zur Reduktion des Fleischkonsums beitragen sollen, halten auch die interviewten Expert*innen überwiegend für sinnvoll. Beispielsweise geht Angela Häußler davon aus, dass solche Maßnahmen auch einen Effekt hätten, denn, *„die Produkte die günstiger sind, werden natürlich auch eher gekauft“* (Interview mit Angela Häußler, 25.1.2024).

Aus Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit sollten Anreize für die Reduktion von Fleisch und Subventionen auf nachhaltigere Lebensmittel die hiermit verbundene kulinarische Taxonomie der Geschlechterordnung (Setzwein 2004), d. h. die symbolische Geschlechterdimension mitberücksichtigen. Entsprechende Maßnahmen und Anreize müssen geschlechtersensitiv sein und dürfen männliche und weibliche Geschlechterstereotypen nicht reproduzieren oder gar verstärken. So sollten die Lösungsansätze des WBAE (2020), die darauf zielen, eine nachhaltigere Ernährung als ein „New Normal“ zu etablieren, auch Geschlechterrollenerwartungen als vorherrschende soziale Normen mitreflektieren. Beispielsweise könnte die vorgeschlagene Informationskampagne zur Sensibilisierung der Verbraucher*innen hinsichtlich der Klimarelevanz tierischer Produkte und zur Motivation für Verhaltensänderungen (WBAE 2020) auch relevante Geschlechterdimensionen mitberücksichtigen.

6.4 Geschlechtergerechtigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion

Änderungen im Angebot – beispielsweise beim Fleisch – tragen eher zu Geschlechtergerechtigkeit bei als eine nachhaltigkeitsorientierte Sensibilisierung von Konsument*innen, die letztlich die Verantwortung für eine nachhaltige Wahl von Lebensmitteln in Form der jeweiligen Einkaufsentscheidung beim Individuum belässt. Aufgrund der Tatsache, dass die Ressourcen, derer es für nachhaltige Kaufentscheidungen bedarf, ungleich in der Gesellschaft verteilt sind (siehe Kap. 4.1), wird die Erwartung, dass durch Sensibilisierung ein nachhaltigerer Lebensmittelkonsum erreicht werden kann, bestehenden Ungleichheiten auf Grund von Geschlecht und anderen Merkmalen nicht gerecht.

So sprechen sich die interviewten Expert*innen überwiegend für Änderungen in den politischen Rahmenbedingungen der Fleischproduktion aus, anstatt die Verantwortung dafür bei den Individuen zu sehen. Angela Häußler betont, dass es wünschenswert wäre, *„sicher [zu] sein [...], da sind bestimmte ökologische und soziale Mindeststandards erreicht und es ist nicht meine Verantwortung zu sagen, ob ich jetzt das Fleisch oder das Fleisch kaufen kann, sondern dass das woanders entschieden wird, also eher bei den nachhaltigen Produktionsmustern. Dafür sollten politische Strukturen geschaffen werden, dass es eben nicht im Privaten entschieden werden muss.“* (Interview mit Angela Häußler, 25.1.2024). Auch Martin Winter und Renata Motta sprechen sich aus Sicht der Geschlechtergerechtigkeit für schärfere Regeln hinsichtlich der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit in der Produktion aus, statt die Konsument*innen dafür in die Verantwortung zu nehmen.

Auch bei Ansätzen zur Förderung von Nachhaltigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion ist Geschlechtergerechtigkeit ein wichtiger Aspekt. Renata Motta betont, dass in ökologischen Bauernverbänden und in der kleineren ökologischen Landwirtschaft der Frauenanteil größer ist als in der konventionellen Landwirtschaft. Zudem weist sie darauf hin: *„Es gibt weltweit Belege dafür, dass oft durch Frauen die Übergänge von konventioneller Landwirtschaft in eine Ökolandwirtschaft durchgeführt werden. Es sind oft Experimente von Frauen, die im Kleinen beginnen und sich dann im größeren Stil durchsetzen.“* (Interview mit Renata Motta, 25.1.2024). Dementsprechend können Maßnahmen zur Schaffung von Zugängen von Frauen zu Ressourcen wie Boden und Krediten sowie zu Entscheidungspositionen in der Landwirtschaft wichtige Schritte für umweltfreundliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie für mehr Geschlechtergerechtigkeit sein. Somit können Maßnahmen, die darauf abzielen, die Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten, auch eine positive Wirkung auf Geschlechtergerechtigkeit haben und umgekehrt hat die Förderung von Frauen in der Landwirtschaft das Potenzial, zu einer nachhaltigeren Lebensmittelproduktion und damit auch nachhaltigerer Ernährung beizutragen.

6.5 Ernährungskommunikation und Ernährungsbildung für eine nachhaltigere Ernährung

Die bisher vorgestellten Ziele und Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigeren Ernährung (siehe Kap. 6.1-6.3) sollten durch eine entsprechende geschlechtersensible Ernährungskommunikation und Ernährungsbildung unterstützt werden.

Eine zu unterstützende Empfehlung des Bürger*innen-Dialogs (UBA 2023) ist die Integration nachhaltiger Ernährung als Querschnittsthema in Schul- und Kitalehrpläne. Wesentliche Lehrinhalte sollten hierbei u. a. die Folgenden sein: Bewirtschaftung eines Schulgartens oder Anlage von (Hoch-)Beeten, gemeinsames Kochen in der Schulküche, sofern die räumlichen Voraussetzungen gegeben sind, Vermittlung von Informationen über Tierhaltung und Lebensmittelproduktion, beispielsweise durch Exkursionen zu landwirtschaftlichen Betrieben. Bildungsangebote für eine nachhaltigere Ernährung zielen damit auf die Stärkung von Food Literacy. Food Literacy ist die Fähigkeit, den Ernährungsalltag selbstbestimmt, verantwortungsbewusst und genussvoll zu gestalten (Johannsen/Schlapkohl 2016).

Dies unterstreicht Angela Häußler im Interview, in dem sie sich dafür ausspricht, bei der Ernährungsbildung weniger auf normative Handlungsregeln zu fokussieren, sondern stärker auf eine sogenannte *„Ernährungsverbraucherbildung“*. Dabei geht es um eine *„Erweiterung von Handlungsspielräumen und gesellschaftliche Teilhabe als übergeordnete Ziele in diesen Handlungsfeldern“* (Interview mit Angela Häußler, 25.1.2024). Dafür müssten die Handlungsspielräume

verschiedener Bevölkerungsgruppen angeschaut und gezielt nötige Kompetenzen verstärkt und dadurch Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe geschaffen werden.

Darüber hinaus schlagen die Bürger*innen des Dialogs (UBA 2023) die Durchführung einer Informationskampagne zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung vor. Ziel ist es, dass sich die Bürger*innen stärker pflanzenbasiert ernähren und ihre Wertschätzung für Lebensmittel steigt. Die umfassende Informationskampagne sollte faktenbasiert und anschaulich sein. Sie sollte allen Bürger*innen Hintergrundinformationen zur Erhöhung des Problembewusstseins sowie hilfreiche Informationen, praktische Tipps und erfolgreiche Beispiele vermitteln. Um alle Bürger*innen zu erreichen, sollte die Kampagne in leichter und verständlicher Sprache formuliert sein. Insbesondere Eltern und Kinder sollten mit jeweils geeigneten Formaten angesprochen werden, um den Grundstein für nachhaltige Ernährung bereits im Familienleben zu legen. Die zwar damit milieusensibel vorgehende Informations- und Bildungsmaßnahme fokussiert jedoch erneut das vorgeblich rationale Entscheidungsverhalten von ökonomisch-rationalen Individuen, ohne die weiteren sozialen Bedingungen des Konsums und der Ernährung zu beachten. Einbezogen werden sollten soziale Strukturen, sozialisierte Praktiken und Geschlechterrollenerwartungen, die allesamt eine hohe Resilienz gegenüber Änderungsimpulsen aufweisen.

Bei den Maßnahmen der Ernährungskommunikation und -bildung stellt sich zudem aus Geschlechterperspektive die Frage, ob Geschlechterdifferenzen betont oder zurückgestellt werden sollten (Hirschauer 2001), wenn z. B. andere soziale Merkmale, wie das soziale Milieu, der ethnische Hintergrund oder das Bildungsniveau ebenso bedeutsam sind oder sogar stärker differenzieren als das Geschlecht (Büning-Fesel/Rückert-John 2016: 954). Eine geschlechtersensitive Kommunikation und Bildung ist dann unverzichtbar, wenn bestimmte Ernährungspraktiken mit deutlichen sozialen Ungleichheiten der Geschlechter und mit nachteiligen Lebenslagen verbunden sind, was vor allem bei der unbezahlten Sorgearbeit von Frauen deutlich wird. Auf eine geschlechterspezifische Ansprache sollte dann verzichtet werden, wenn mittels der Geschlechterkategorie keine maßgeblichen Unterschiede im Verhalten feststellbar sind oder es an begründeten Annahmen für die Differenz fehlt. Die geschlechterkollektive Darstellung der Ernährungsmuster von ‚den‘ Männern und ‚den‘ Frauen bestätigt dann vielmehr die erwarteten Geschlechterrollenstereotypen und verstellt den Blick für andere, wirkmächtigere soziale Ungleichheitsmerkmale. Für die Kommunikation, z. B. die genannte Informationskampagne, werden deshalb geschlechtsuntypische Darstellungen empfohlen. So könnten z. B. in der Bildsprache Männer allein oder in der Gruppe mit Einkaufstaschen und Kinderwagen in Einkaufssituationen dargestellt werden oder Männer und Frauen in partnerschaftlichen, gleichberechtigten Kochsituationen zu Hause mit oder ohne Kinder (ebd.).

7 Fazit

Eine Umstellung auf nachhaltige Konsum- und Ernährungsmuster ist nur dann wirklich nachhaltig, wenn dabei auch Geschlechtergerechtigkeit mitberücksichtigt wird. Die Analyse des SRU-Gutachtens (2023) zeigt beispielhaft, dass in der Diskussion um Maßnahmen zur Förderung nachhaltigen Konsums häufig Konsument*innen als individuelle Entscheidungsträger*innen im Zentrum stehen. Dabei werden gesellschaftliche Ungleichheiten und Positionierungen weitestgehend außer Acht gelassen. Um die hier aus Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit bestehenden Lücken zu schließen, muss sich der Blick darauf richten, welche Rolle gesellschaftliche Ungleichheiten für das Konsumverhalten von Individuen spielen. Mit Fokus auf Ernährung zeigt sich, dass der Ernährungsalltag und Lebensmittelkonsum stark

von Ungleichheiten basierend auf Geschlecht und gesellschaftlicher Schicht geprägt sind. Durch die in der Gesellschaft strukturell etablierte geschlechterbasierte Arbeitsteilung liegt die Zuständigkeit für die Sorge- und damit auch Ernährungsarbeit überwiegend bei den Frauen. Dementsprechend werden die Verantwortung und damit der Arbeitsaufwand für Ernährung überwiegend von Frauen getragen und somit auch die steigenden Anforderungen, die mit einer nachhaltigen Ernährung einhergehen. Eine besondere Belastung stellen diese Anforderungen auch für Menschen in Armut – und dabei insbesondere Frauen mit Kindern – dar.

Aus den Ungleichheiten ergeben sich auch geschlechts- und schichtspezifische Ernährungsmuster, die beispielsweise beim Fleischverzehr teils sehr deutlich sind. Um an diesen unterschiedlichen Ernährungsmustern und -vorlieben anzusetzen, aber zugleich nicht die dahinterliegenden Ungleichheiten zu verstärken, gilt es, politische Maßnahmen und Anreize zu entwickeln, die Ernährungsmuster fördern, welche zugleich umweltfreundlich und geschlechtergerecht sind. Hier finden sich einige Ansätze auf verschiedenen Ebenen. Beispielsweise sind Maßnahmen zur Armutsreduzierung im Allgemeinen und solche, die gezielt zur Erleichterung von Zugängen zu nachhaltiger Ernährung für von Armut betroffene und gefährdete Familien beitragen auch im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit förderlich. Zudem sind Maßnahmen, die die Entscheidung limitieren erforderlich, aber auch solche, die durch Angebotsveränderungen eine Lenkungswirkung haben. Auch durch Informationen und gezielte Bildungsmaßnahmen können nachhaltige Ernährungsmuster gefördert werden, wobei die Berücksichtigung der Geschlechterdimensionen entscheidend ist, um nicht zugleich Ungleichheiten zu reproduzieren.

Weiterer Forschungsbedarf besteht mit Blick auf die Potenziale alternativer Konsum- und Ernährungsformen (wie z. B. Solidarische Landwirtschaft, organisiertes „Retten“ von Lebensmitteln oder urban gardening) für eine nachhaltigere und zugleich geschlechtergerechte Ernährung. Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit alternative und gemeinschaftliche Formen der Organisation von Produktion und Konsum im Feld der Ernährung Chancen für mehr Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit konzeptionell mitdenken und praktizieren.

Literaturverzeichnis

- Ahrens, S. (2024): Können Sie sich vorstellen, Laborfleisch oder Insekten zu essen? Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1244081/umfrage/umfrage-zur-konsumbereitschaft-von-laborfleisch-insekten> (Abruf: 29.2.2024).
- Badinter, E. (2010): Der Konflikt. Die Frau und die Mutter. München: Beck.
- Baudrillard, J. (2014): Die Konsumgesellschaft. Ihre Mythen, ihre Strukturen. Wiesbaden: Springer VS.
- Barlösius, E. (2016): Soziologie des Essens: Eine sozial- und kulturwissenschaftliche Einführung in die Ernährungsforschung, 3. Aufl. Weinheim/München: Beltz/Juventa.
- Blümelhuber, C. (2011): Ausweitung der Konsumzone. Wie Marketing unser Leben bestimmt. Frankfurt am Main: Campus.
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2023): Deutschland, wie es isst: Der BMEL-Ernährungsreport 2023, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/ernaehrungsreport-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Abruf: 26.11.2024).
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2022): Deutschland, wie es isst: Der BMEL-Ernährungsreport 2022, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/ernaehrungsreport-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=11 (Abruf: 26.11.2024).
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2016): Deutschland, wie es isst: Der BMEL-Ernährungsreport 2016, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/Ernaehrungsreport2016.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (Abruf: 26.11.2024).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021b): Gender Mainstreaming, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming/gender-mainstreaming-80436> (Abruf: 9.2.2024).
- BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021a): Dritter Gleichstellungsbericht: Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten, Auflage 2, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/184544/c0d592d2c37e7e2b5b4612379453e9f4/dritter-gleichstellungsbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (Abruf: 26.11.2024).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/119794/b69d114cfbe2b6c1d4e510da2d74fd8d/zweiter-gleichstellungsbericht-der-bundesregierung-bt-drucksache-data.pdf> (Abruf: 26.11.2024).
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt: Suhrkamp Taschenbuch.

Brandt, M. (2023): Wie viel Fleisch wird in Deutschland gegessen? Statista, <https://de.statista.com/infografik/21790/pro-kopf-konsum-von-fleischsorten-in-deutschland> (Abruf: 29.2.2024).

Brunner, K.-M./ Geyer, S./ Jelenko, M./ Weiss, W. (2007): Ernährungsalltag im Wandel. Chancen für Nachhaltigkeit. Wien: Springer.

Brückner, M./ Çağlar, G. (2022): Feministische Politische Ökologie von Agrobiodiversität und Ernährung: Indigenes Blattgemüse in Kenia. In: *Berliner Blätter* 86/2022, S. 53–69.

Buchebner-Ferstl, Sabine (2011): Hausarbeit in Partnerschaften – die Rolle von Präferenzstrukturen. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 23 (2), S. 241–259.

Bundesregierung (2024): Gutes Essen für Deutschland. Ernährungsstrategie der Bundesregierung. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Berlin, <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsstrategie.html> (Abruf: 26.11.2024).

Bücker, T. (2022): Alle Zeit: Eine Frage von Macht und Freiheit. Berlin: Ullstein HC.

Büning-Fesel, M./ Rückert-John, J. (2016): Warum essen Männer wie sie essen?. In: *Bundesgesundheitsblatt* 59, S. 950–956.

Deutscher Bauernverband (2023): Situationsbericht 2023/24: Trends und Fakten zur Landwirtschaft, <https://www.situationsbericht.de/6/62-tierische-erzeugung> (Abruf: 26.11.2024).

Deutscher Bundestag (2024): Bürgergutachten: Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ an den Deutschen Bundestag, https://www.bundestag.de/resource/blob/990580/155336448e845a9e129a04416b001036/buergergutachten_broschuere.pdf (Abruf: 26.11.2024).

Dienel, C. (2003): Die Mutter und ihr erstes Kind – individuelle und staatliche Arrangements im europäischen Vergleich. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 15 (2), S. 120–145.

Dollase, J. (2006): Kulinarische Intelligenz. Wiesbaden: Tre Torri.

Drews, N. (2018): Verantwortung als systemspezifische Reflexion ökologischer Gefährdung. In: Henkel, A./ Lüdtke, N./ Buschmann, N./ Hochmann, L. (Hg.): Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung. Bielefeld, Germany: transcript Verlag, S. 233–245.

Eberle, U./ Hayn, D./ Rehaag, R./ Simshäuser, U. (2006): Ernährungswende. Eine Herausforderung für Politik, Unternehmen und Gesellschaft. München: Oekom.

Ehnis, P. (2008): Hegemoniale Mütterlichkeit. Vom selbstverständlichen Einverständnis in die geschlechtstypische Arbeitsteilung nach der Geburt eines Kindes. In: Marburger Gender-Kolleg (Hg.): Geschlecht, Macht, Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 56–70.

-
- Elias, N. (1939): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Bd. 1: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. Bd. 2: Wandlungen der Gesellschaft: Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt: Suhrkamp Taschenbuch.
- Endres, E. M./ Klotter, C. (2020): Moral frisst Fressen. Das Richtige essen und das richtige Essen. In: *Kursbuch* 204, S. 109–122.
- Einhorn, L. (2021): Meat consumption, classed? The socioeconomic underpinnings of dietary change. In: *Österreichische Gesellschaft für Soziologie* 46, S. 125–146.
- Evertsson, M. (2006): The reproduction of gender: housework and attitudes towards gender equality in the home among Swedish boys and girls. In: *The British Journal of Sociology* 57 (3), S. 415–426.
- Fekete, C./ Weyers, S. (2016): Soziale Ungleichheit im Ernährungsverhalten. In: *Bundesgesundheitsblatt* 59, S. 197–205.
- Fiddes, N. (1991): Fleisch. Symbol der Macht. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Fischer, O. (2015): Männlichkeit und Fleischkonsum – historische Annäherungen an eine gegenwärtige Gesundheitsthematik. In: *Medizinhistorisches Journal* 50 (1), S. 42–65.
- Fischer, D./ Michelsen, G./ Blättel-Mink, B./ Di Giulio, A. (2011): Nachhaltiger Konsum: Wie lässt sich Nachhaltigkeit im Konsum beurteilen? In: Defila, R./ Di Giulio, A./ Kaufmann-Hayoz, R. (2011): Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. München: oekom, S. 73–88.
- Fischler, C. (1988): Food, self and identity. In: *Social Science Information* 27 (2), S. 275–292.
- Forsa (2023): Ernährungsreport 2023: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/forsa-ernaehrungsreport-2023-tabellen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Abruf: 26.11.2024).
- Foucault, M. (1993): Technologien des Selbst. In: Martin, L.H./ Gutman, H./ Hutton, P. H. (Hg.): Technologien des Selbst. Frankfurt: Fischer, S. 24–62.
- Freudenschuß, I. (2012): Vom Recht auf Stillen zur Pflicht der Mutter: Elemente eines globalen Stilldiskurses. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 3, S. 138–145.
- Global Policy Forum Europe (GPF) (2023): Halbzeitbilanz der Agenda 2030. Die globalen Nachhaltigkeitsziele auf dem Prüfstand, <https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Halbzeitbilanz%20der%20Agenda%202030.pdf> (Abruf: 26.11.2024).
- Goffman, E. (1994): Das Arrangement der Geschlechter. In: dies.: Interaktion und Geschlecht. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 105–158.
- Graefe, S. (2019): Erschöpfung, Resilienz und Nachhaltigkeit. In: *WSI* 72 (1), S. 22–30.

-
- Groh-Samberg, O./ Kleinert, C./ Konietzka, D. (2023): Was ist soziale Ungleichheit? Konzeptionelle Perspektiven. In: Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung Nr. 354, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/soziale-ungleichheit-354/520841/was-ist-soziale-ungleichheit-konzeptionelle-perspektiven/> (Abruf: 26.11.2024).
- Grunwald, A. (2018): Warum Konsumentenverantwortung allein die Umwelt nicht rettet. Ein Beispiel fehllaufender Responsibilisierung. In: Henkel, A./ Lüdtke, N./ Buschmann, N./ Hochmann, L. (Hg.): Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung. Bielefeld, Germany: transcript Verlag, S. 421–436.
- Hayn, D. (2008): Ernährungshandeln im Alltag. Der Ernährungsalltag als komplexer, sich stetig wandelnder Handlungszusammenhang. In: *Ernährungs Umschau* 55, S. 346–351.
- Häußler, A./ Meier-Gräwe, U: (2012): Arbeitsteilungsmuster bei der Ernährungsversorgung von Familien – Persistenz oder Wandel. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 4 (2), S. 9–27.
- Hellmann, K.-U. (2013): Der Konsum der Gesellschaft. Studien zur Soziologie des Konsums. Wiesbaden: Springer VS.
- Hendel-Kramer, A./ Helfferich, C./ Wehner, N. (2004): Familiengründung im Studium – eine Panelstudie in Baden-Württemberg. In: *BZgA* 3, S. 15–17.
- Henkel, A./ Lüdtke, N./ Buschmann, N./ Hochmann, L. (Hg.) (2018): Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung. Bielefeld, Germany: transcript Verlag.
- Hirschauer, S. (2001): Das Vergessen des Geschlechts. Zur Praxeologie einer Kategorie sozialer Ordnung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft* 41, S. 208–235.
- Jaeger-Erben, M. (2023): Umweltschutz geht nur gemeinsam, nd aktuell, Klimakolumne, 3. August 2023, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1175247.klimakolumne-umweltschutz-geht-nur-gemeinsam.html> (Abruf: 26.11.2024).
- Jaeger-Erben, M./ Rückert-John, J./ Schäfer, M. (2017): Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wissenschaftliche Perspektiven, Strategien der Förderung und gelebte Praxis. Wiesbaden: Springer VS.
- Johannsen, U./ Schlapkohl, N. (2015): Interkulturelle Kompetenzen der Ernährungs- und Bewegungsförderung. Ein Forschungsprojekt mit Praxistransfer. In: *Ernährungs Umschau international* 3, S. 44–51.
- John, R. (2013): Alltägliche Nachhaltigkeit. Zur Innovativität von Praktiken. In: Rückert-John, J. (Hg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 103–132.
- John, R. (2022): Strukturen familienhäuslichen Essalltags: Genese und Dynamik. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 3, S. 43–57.

John, R./ Rückert-John, J. (2016): Innovativität der Konsumpraktiken. In: Besio, C./ Romano, G. (Hg.): Zum gesellschaftlichen Umgang mit dem Klimawandel. Kooperationen und Kollisionen. Nomos-Verlag, S. 261–284.

Jurczyk, K. (2014): Familie als Herstellungsleistung. In: Jurczyk, K./ Lange, A./ Thiessen B. (Hg.): Doing Family. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 50–70.

Kaufmann, J.-C. (1999): Mit Leib und Seele, Theorie der Haushaltstätigkeit. Konstanz: UVK.

Klünder, N. (2020): Die Ernährungsversorgung in Familien zwischen Zeit, Alltag und Haushaltsführung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Kohlrausch, B./ Zucco, A. (2020): Die Corona-Krise trifft die Frauen doppelt. WSI Policy Brief Nr. 40, 5/2020, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/224248/1/wsi-pb40.pdf> (Abruf: 26.11.2024).

Kramer, R. (2021): „Wenn es unbedingt Fleisch sein muss ...“ – Fleischkonsum in deutschen Frauenzeitschriften. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 46, S. 147–165.

Kröger, M./ Rückert-John, J. (2013): Stillen als Quelle von Glück und Gesundheit. Die Rekonstruktion traditioneller Geschlechterrollen durch natürliche Mütterlichkeit. In: Hoefert, H.-W./ Klotter, C. (Hg.): Gesundheitszwänge. Lengerich: Pabst Science Publishers.

Leonhäuser, I.-U./ Meier-Gräwe, U./ Möser, A./ Zander, U./ Köhler, J. (2009). Essalltag in Familien: Ernährungsversorgung zwischen privatem und öffentlichem Raum. Wiesbaden: VS.

Lohmeier, L. (2024): Personen in Deutschland, die sich selbst als Veganer einordnen oder als Leute, die weitgehend auf tierische Produkte verzichten, in den Jahren 2015 bis 2023. Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/445155/umfrage/umfrage-in-deutschland-zur-anzahl-der-veganer> (Abruf: 27.2.2024).

Lohmeier, L. (2024b): Vegetarier in Deutschland nach Alter im Vergleich mit der Bevölkerung im Jahr 2023. Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/745049/umfrage/vegetarier-in-deutschland-nach-alter> (Abruf: 27.2.2024).

Maibaum, M. (2024): Anzahl der Veganer in Deutschland – 140+ Fakten, <https://veganivore.de/anzahl-veganer-statistiken-fakten/> (Abruf: 26.2.2024).

Meier-Gräwe, U. (2020): Wirtschaft neu ausrichten: Wege in eine care-zentrierte Ökonomie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/care-arbeit-2020/317855/wirtschaft-neu-ausrichten> (Abruf: 26.11.2024).

Meier-Gräwe, U/ Zander, U. (2015): Veränderte Familienzeiten – Neue Balancen zwischen Männer und Frauen? In: Zeitschrift für Familienforschung (Sonderheft 5), S. 92–109.

Mensink, G.B.M./ Heseker, H./ Richter, A./ Stahl, A./ Vohmann, C. (2007): Forschungsbericht Ernährungsstudie als KiGGs-Modul (EsKiMo). RKI, Universität Paderborn, <http://www.bmel.de/cae/servlet/contentblob/378624/publicationFile/22097/EsKiMoStudie.pdf> (Abruf: 23.6.2017).

MRI – Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel (2008): Nationale Verzehrsstudie II: Die bundesweite Befragung zur Ernährung von Jugendlichen und Erwachsenen, Ergebnisbericht Teil 2, https://www.mri.bund.de/fileadmin/MRI/Institute/EV/NVS_II_Abschlussbericht_Teil_1_mit_Ergaenzungsbericht.pdf (Abruf: 26.11.2024).

Nave-Herz, R. (2003): Zeitliche Differenzierungsprozesse privater Lebensformen – am Beispiel des veränderten Verhältnisses zwischen Ehe und Familie. In: Busch, F. W. (Hg.): Familie zwischen Tradition und Moderne. Oldenburg: BIS, S. 37–57.

Nestlé (2019). Nestlé Ernährungsstudie 2019, <https://www.nestle.de/ernaehrungsstudie> (Abruf: 21.07.2019).

Niemer, B. (2004): Lust auf Kind und Job – ist das vereinbar? Ergebnisse der LBS-Familien-Studie. In: *BZgA-Forum* 3, S. 11–14.

Oberndorfer, R./ Rost, H. (2005): Neue Väter - Anspruch und Realität. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 17 (1), S. 50–65.

Pfefferle, H./ Hagspihl, S./ Clausen, K. (2021): Gemeinschaftsverpflegung in Deutschland – Stellenwert und Strukturen. In: *Ernährungs Umschau* 8, S. M470–M473.

Pimminger, I. (2014): Geschlechtergerechtigkeit: Ein Orientierungsrahmen für emanzipatorische Geschlechterpolitik. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/10739-20140513.pdf> (Abruf: 26.11.2024).

Reckwitz, A. (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. In: *Zeitschrift für Soziologie* 32, S. 282–301.

REWE Group und Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. (2023): Nachhaltiger Konsum in Zeiten multipler Krisen, <https://www.rewe-group.com/de/nachhaltigkeit/studie-zum-nachhaltigen-konsum/> (Abruf: 26.11.2024).

Robnik, T. (2022): ‚Richtig‘ Essen – Grenzziehungen im Diskurs um gesunde Ernährung. Wiesbaden: Springer VS.

Rothgerber, Hank (2015): Can you have your meat and eat it too? Conscientious omnivores, vegetarians, and adherence to diet. In: *Appetite* 84, S. 196–203.

Rückert-John, J. (2017): Den Ernährungsalltag verstehen: Ein Beitrag der Ernährungssoziologie für eine interdisziplinäre Ernährungsforschung. In: *Ernährungs-Umschau* 8, S. M436–M443.

Rückert-John, J. (2020): Gemeinsam einsam. In: *Kursbuch* 204, S. 123–138.

Rückert-John, J./ John, R. (2008): Essen macht Geschlecht. Zur Reproduktion der Geschlechterdifferenz durch kulinarische Praxen. In: *Ernährung im Fokus* 9-05/09, S. 174–179.

Rückert-John, J./ John, R. (2011): Anspruchsvolle Gastlichkeit im Außer-Haus-Verzehr. In: Wierlacher, A. (Hg.): Gastlichkeit. Rahmenthema der Kulinaristik. Münster: LIT Verlag, S. 168–176.

Rückert-John, J/ John, R. (2018): Geschlecht gegessen. In: Häußler, A. et al. (Hg.): Care und die Wissenschaft vom Haushalt. Wiesbaden: Springer VS, S. 47–69.

Rückert-John, J./ John, R./ Niessen, J. (2011): Nachhaltige Ernährung außer Haus – der Essalltag von morgen. In: Ploeger, A./ Hirschfelder, G./ Schönberger, G. (Hg.): Die Zukunft auf den Tisch. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 41–55.

Rückert-John, J./ Jaeger-Erben, M. (2018): Nachhaltiger Konsum im Alltag – Verantwortungsübernahme zwischen Politisierung und Agency. In: Henkel, A./ Lüdtke, N./ Buschmann, N./ Hochmann, L. (Hg.): Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung. Bielefeld: transcript Verlag, S. 297–314.

Rückert-John, J./ Reis, S. (2020): Zur Reproduktion der sozialen Sinnform „Mahlzeit“ in Zeiten des globalisierten Lebensmittelmarkts. In: Baur, N. et al. (Hg.): Waren – Wissen – Raum. Wiesbaden: Springer VS, S. 401–419.

Rückert-John, J./ Martens, T./ John, R./ Alber, G./ Röhr, U./ Weller, I./ Tippe, M. (2020a): Vorlaufforschung: Interdependente Genderaspekte der Bedürfnisfelder Mobilität, Konsum, Ernährung und Wohnen als Grundlage des urbanen Umweltschutzes. Gender Mainstreaming für eine zielgruppenspezifischere, effektivere urbane Umweltforschung. UBA-TEXTE 238/2020, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2020_12_18_texte_238-2020_gender_urbane_umweltforschung.pdf (Abruf: 7.2.2024).

Rückert-John, J./ Ritter, J./ Kröger, M./ Walter, J./ Hansen, G. (2020b): Von der Idee zum Konzept. Wie kann eine zielgruppenspezifische Kommunikation in der Kreislaufwirtschaft gelingen? Umweltbundesamt, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/broschuere_zielgruppenspezifische_kommunikation_kreislaufwirtschaft_bf.pdf (Abruf: 7.2.2024).

Rückert-John, J./ Martens, T./ John, J./ Alber, G./ Röhr, U./ Weller, I./ Tippe, M. (2020c): Vorlaufforschung: Interdependente Genderaspekte der Bedürfnisfelder Mobilität, Konsum, Ernährung und Wohnen als Grundlage der Urbanen Umweltschutzes. Abschlussbericht. UBA-TEXTE 238/2020, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2020_12_18_texte_238-2020_gender_urbane_umweltforschung.pdf (Abruf: 26.11.2024).

SRU - Sachverständigenrat für Umweltfragen (2023): Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern. Sondergutachten, https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/2023_05_SG_Umweltfreundliches_Verhalten.pdf?__blob=publicationFile&v=22 (Abruf: 26.11.2024).

Schlegel-Matthies, K. (2004): „Liebe geht durch den Magen“. Mahlzeit und Familienglück im Strom der Zeit. Geht die alte häusliche Tischgemeinschaft zu Ende? In: Teuteberg, H. J. (Hg.): Die Revolution am Esstisch. Stuttgart: Franz Steiner, S. 148–161.

Schönberger, G./ Methfessel, B. (2011): Mahlzeiten: Alte Last oder neue Lust? Wiesbaden: Springer VS.

Schröder, T. (2016): Ernährungstrends: Was steckt hinter dem Erfolg von Paleo, Clean Eating & Co.? Eine soziologische Betrachtung. In: *Ernährungs Umschau* 64(10), S. 150–157.

Setzwein, M. (2004): Ernährung-Körper-Geschlecht. Zur sozialen Konstruktion von Geschlecht im kulinarischen Kontext. Wiesbaden: VS Verlag.

Shove, E./ Pantzar, M./ Watson, M. (2012): *The dynamics of social practice*. London: Sage.

Simmel, G. (1910): Soziologie der Mahlzeit. In: *Der Zeitgeist. Beiblatt zum Berliner Tageblatt* 41 (10.11.1910), <https://socio.ch/sim/verschiedenes/1910/mahlzeit.htm> (Abruf: 21.03.2023).

Spitzner, M./ Alber, G./ Röhr, U./ Hummel, D./ Stieß, I. (2020): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen. Abschlussbericht. UBA-TEXTE 30/2020, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf (Abruf: 26.11.2024).

Statistisches Bundesamt (2023): Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen nach Geschlecht und Alter, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/Tabellen/armutsgef-quote-nach-sozialleistung-mz-silc.html> (Abruf: 28.02.2024).

Teuteberg, H. J. (1993): Prolegomena zu einer Kulturpsychologie des Geschmacks. In: Wierlacher, A./ Neumann, G./ Teuteberg, H. J. (Hg.): *Kulturthema Essen*. Berlin: Akademie, S. 103–136.

Tilly, C. (1998): *Durable Inequality*. Berkeley: University of California Press.

UBA – Umweltbundesamt (2023): Pflanzenbetonte Ernährung fördern: Empfehlungen eines Bürger*innen-Dialogs. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/2023-10-19_buergerdialog_ernaehrung_broschuere_final_barrierefrei.pdf (Abruf: 26.11.2024).

Warde, A. (2015): *The practice of eating*. Cambridge: Polity Press.

Weinbach, C. (2003): Die systemtheoretische Alternative zum Sex-und-Gender-Konzept: Gender als geschlechtsstereotypisierte Form „Person“. In: Pasero, U./ Weinbach, C. (Hg.): *Männer, Frauen, Gender Trouble*. Frankfurt (Main): Suhrkamp, S. 144–170.

Weinbach, C. (2004). *Systemtheorie und Gender*. Wiesbaden: VS.

Weller, I. (2019): Gender & Environment: Geschlechterforschung im Kontext Ökologie, Umwelt, Nachhaltigkeit. In: Kortendiek, B./ Riegaf, B./ Sabisch, K. (Hg.): *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 873–880.

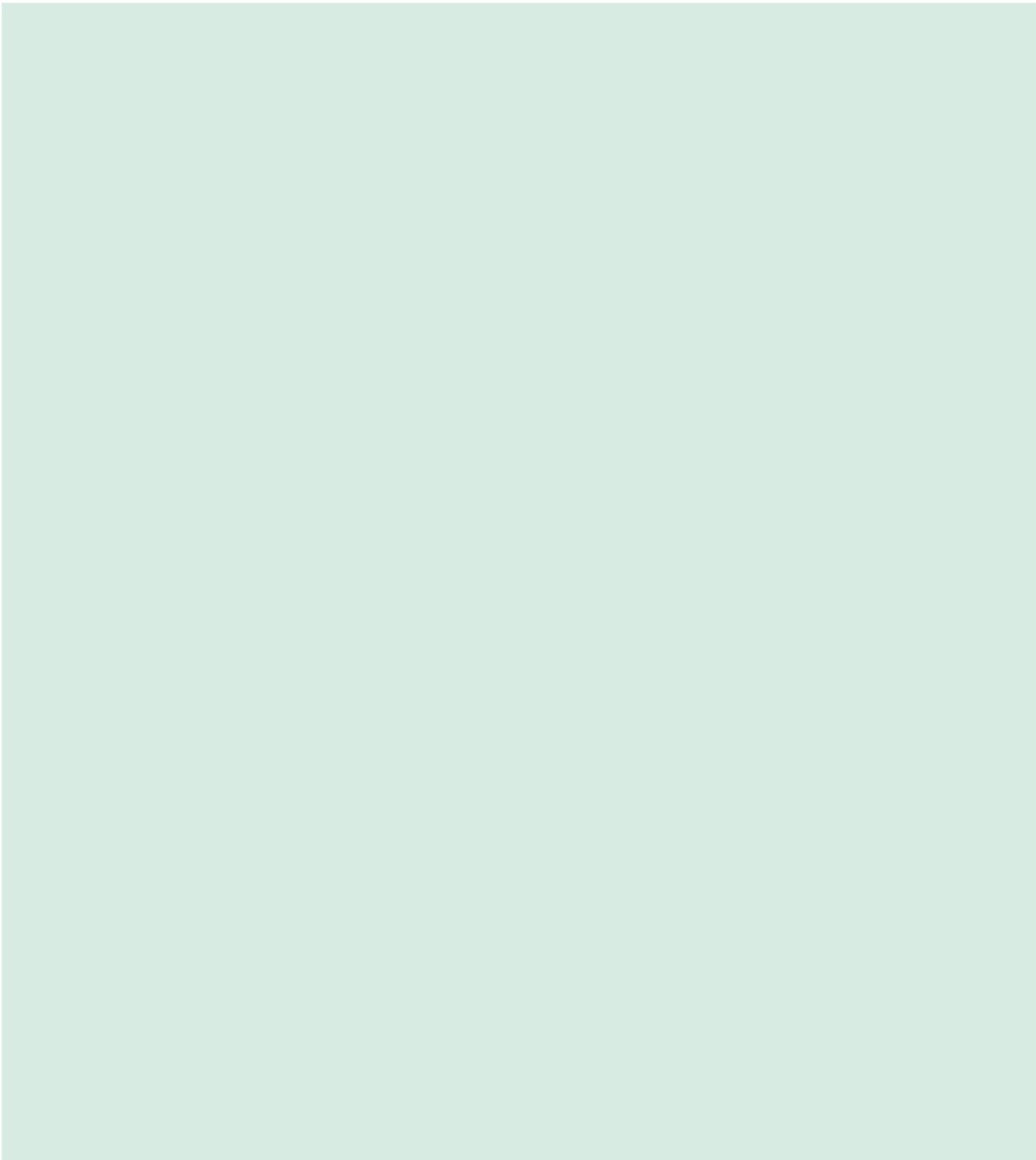
Wilk, Nicole M. (2013): Vom ‚Curryking‘ zum ‚LadyKracher‘. Kultursemiotischer Wandel in der Werbung von Geflügelfleisch. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 5 (1), S. 120–128.

Willett, W. et al. (2019): Food in the Anthropocene: the EAT–Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems. In: *The Lancet Commissions* 393 (10170), S. p447–492.

Winter, M. (2022): Von der Fleisch- zur Proteinabteilung: Männlichkeitskonstruktionen, Fleisch und vegane Fleischalternativen. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 3, S. 27–42.

WBAE - Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (2020): Politik für eine nachhaltigere Ernährung. Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Abruf: 21.03.2024).

Wunderlich, H./ Helfferich, C./ Klindworth, H. (2004): Im Westen nichts Neues – und im Osten? Ergebnisse der Studie „männer leben“. In: *BZgA* 3, S. 19–25.



**Bundesstiftung
Gleichstellung**